

Digitales Brandenburg

hosted by **Universitätsbibliothek Potsdam**

Geschichte der neuesten Zeit

1815 - 1885 ; in vier Bänden

Von 1848 bis 1863

Bulle, Constantin

Berlin, 1888

Zweiter Abschnitt: Der Niedergang der Revolution (Herbst 1848 - 1849).

urn:nbn:de:kobv:517-vlib-6475

Minister Hecker entgingen kaum demselben Schicksal, und geringeren Mißhandlungen waren — hoffentlich nur durch Verwechslung, wie die Parteigenossen meinten — selbst Mitglieder der Linken ausgesetzt. Diese schmachvollen Böbelszenen erfüllten alle Vaterlandsfreunde mit Scham und Enttäuschung; mahnend riefen wohlwollende Stimmen den Republikanern zu auf ihrem Wege einzuhalten, aus dem Erlebten sich die rechte Lehre zu ziehen. Aber nach einigen Tagen der Bestürzung und Mäßigung schlugen jene den alten Ton ganz wie früher wieder an und traten mit einer Frechheit — kein anderer als der Präsident von Gagern gebrauchte diesen Ausdruck in offener Sitzung — gegen die Mehrheit auf, die dem Langmütigsten das Blut zum Sieden bringen mußte. Schwer litt die ernste geschäftliche Arbeit unter solchen Vorgängen und fast noch schwerer das sittliche Ansehen, dessen die Versammlung zur Lösung ihrer Aufgabe so dringend benötigte. Den Rückschrittmännern aber schwoll das Herz und wuchs der Mut bei jeder neuen Ausschreitung der äußersten Linken. Täglich wurde es offener, daß der Kreis derer, welche noch mit Hoffnung und Vertrauen auf das Parlament blickten, zusammenschumpfe und die Zahl solcher, die sehnüchtig eine starke Regierung zurückwünschten, sich erweitere. Die Vorgänge in den anderen Teilen Deutschlands bewegten sich in derselben Richtung. Baden erlebte eine zweite republikanische Erhebung, die freilich noch kläglicher auslief als die vom April. Hecker stand diesmal nicht an der Spitze; er war wenige Tage vor dem 18. September nach Amerika abgesegelt; die Leiter waren Struve, Löwenfels und Karl Blind. Von Basel aus, wo sie trotz aller Einreden des Reichsministeriums ruhig wohnen durften, brachen sie am 21. September in Baden ein. Lörrach wurde besetzt, das Volk aufgeboten und durch den Schwarzwald bis ins Rheinthal vorgeückt. Aber schon am 24. zerstoben die ungerichteten Scharen bei Staufien vor den Truppen des Generals Hoffmann und der Spuk war zu Ende. Noch weniger hatten die Gärungen und Bewegungen zu bedeuten, die sich in anderen Teilen Deutschlands bemerklich machten; nur an dem Hauptstiege der flachsten Demokratie, in Wien, kam es zu einer Erhebung, die von ernstesten Folgen begleitet war.

Der Aufstand
in Baden.

Die Krisis in Osterreich.

Trotz des Erfolges, den die österreichischen Waffen in der Lombardei errungen, war die Lage des Kaiserstaates seit dem Juli kaum besser geworden. Der Reichstag, der in Wien am 22. Juli zusamen-

Der Reichstag
in Wien.

trat, war eine traurige Versammlung. Er zählte unter seinen Mitgliedern nicht weniger als 92 Bauern, die auf der niedrigsten Bildungsstufe standen und in blindem Hass gegen ihre Unterdrücker, die Gutsherren, aufgewachsen waren. Die alten Geschlechter Osterreichs waren nur sparsam vertreten; die Mehrzahl der Abgeordneten war des Deutschen unkundig. Zu ihrem Vorsitzer erwählten sie einen ganz unfähigen Wiener

Advokaten Schmitt; als Stellvertreter wurden ihm zwei Slawen zugeordnet, der Tscheche Strobach, der ihn bald ersetzte, und der Pole Smolka. Eine feste Parteibildung war nur auf der Grundlage der Nationalitäten möglich; die Deutschen saßen auf der Linken, die Tschechen auf der Rechten. Eine Adresse an den Kaiser eröffnete die Verhandlungen; sie forderte die Rückkehr des Monarchen nach Wien und war erfolgreich. Unsonst verlangten besonnene Männer wie Stadion, daß vorher durch die Auflösung der Studentenlegion und ähnliche Maßregeln Bürgschaft für die Erhaltung der Ordnung geschaffen würde; ohne sie erlangt zu haben zog am 12. August der kranke Ferdinand, sehr lau vom Volke begrüßt, wieder in seine Hauptstadt ein. Auch die zweite Frage, die in Anregung kam, wurde mit vieler Mühe zu einem guten Ende geführt, die wichtigste, die überhaupt dem Reichstage gestellt werden konnte: noch drückte die Bauern und manche Klassen der städtischen Bevölkerung die unendliche Reihe der Lasten und Fronden, die sich aus dem Unterthänigkeitsverhältnis herschrieb; sie mit einem Schlage aufzuheben beantragte der Abgeordnete Rudlich. Vom 8. August bis 7. September dauerten die Verhandlungen. Nicht die Rede- und Verbesserungslust der Reichstagsmitglieder allein hatte diesen Zeitaufwand herbeigeführt, sondern ebensowohl die innere Schwierigkeit der Sache und der heftige Zwiespalt der Meinungen darüber, ob den Herren für ihre Rechte eine Entschädigung zu gewähren sei oder nicht. Das Ministerium forderte die Entschädigung unter Androhung seines Rücktrittes; die Bauernpartei tobte dagegen in ungezügelmtem Hasse; die Köpfe derer, erklärte ein Redner, die für die Entschädigung sprächen, seien nicht mehr wert als die Anatomie dafür zahle; endlich gewann der Antrag Lassers den Sieg, daß eine Scheidung zwischen den Lasten getroffen und der eine Teil mit, der andere ohne Entschädigung aufgehoben werden solle. Auf dieser Grundlage ward das Gesetz angenommen und am 9. September vom Kaiser bestätigt.

Rückkehr des
Kaisers.

Aufhebung der
Feudallasten.

Ungarn.

In denselben Tagen, wo dieser wichtige Fortschritt gelang, traf in Wien eine ungarische Deputation von 100 Mitgliedern ein, die den Kaiser einladen sollte nach Pest zu kommen. Es war der letzte, aussichtslose Versuch den völligen Bruch zwischen beiden Hälften der Monarchie zu verhüten. Geraume Zeit hindurch hatte es den Anschein gehabt, als ob der Kaiser die neue Ordnung der Dinge in Ungarn billige. Mit großer Entschiedenheit hatte er sich gegen die Selbständigkeitsbestrebungen in den Nebenländern der Stefanskronen ausgesprochen und in einem Manifeste vom 10. Juni bei dem lebendigen Gott geschworen, daß er die Unversehrtheit der ungarischen Krone schützen werde. Am härtesten traf dieser kaiserliche Zorn den kroatischen Banus Jellatschitsch, der mit der ungarischen Regierung in offener Fehde lag. Bereits im Mai verfügte diese eigenmächtig seine Enthebung von dem Posten, welchen der Kaiser ihm anvertraut. Jellatschitsch aber, weit entfernt zu gehorchen, verband sich nun erst recht mit der kroatischen Nationalpartei und berief

Jellatschitsch.

zum 5. Juni den Landtag des dreieinigten Königreiches nach Agram. Allerdings blieben nicht bloß die Dalmatiner aus, die ihre Vertreter in den Reichstag nach Wien sandten, sondern auch die Slawonier, die sich auf Ungarns Seite schlugen; und selbst mit den Serben der Woivodina, die sich doch freiwillig ihnen angeschlossen, kamen die Kroaten nicht zum Besten aus. Die nationalen Forderungen, die in Agram erschollen, hatten daher einen sehr dürftigen Rückhalt; trotzdem waren sie nichts weniger als anspruchlos, denn sie gingen auf ein südslawisches Königreich, das Krain, Kärnthén, Istrien in sich aufnehmen und mit der übrigen Monarchie nur die Ministerien des Krieges, des Auswärtigen und der Finanzen gemein haben sollte. Solcher Pläne hatte man sich in Wien von einem Landtag, den Jellatschitsch beherrschte, nicht versehen; der Banus ward mit den bittersten Vorwürfen überhäuft und nach Innsbruck vorgeladen. Ohne sich zu übereilen traf er Mitte Juni am kaiserlichen Hoflager ein. So schwierig seine Stellung auch schien, so wußte er sich doch leidlich zu rechtfertigen; besonders ein Aufruf, durch den er die Südslawen in Radekys Heer ermahnte treu dort auszuhalten und für ihren Kaiser zu kämpfen, befestigte von neuem das Zutrauen in seine Ehrlichkeit und Anhänglichkeit. Der Kaiser lenkte ein, gab seine Parteinahme für die Ungarn auf und übertrug dem Erzherzog Johann den Versuch einer Vermittlung zwischen den streitenden Interessen. Allein dazu war es bereits zu spät. Die Serben, denen die Kroaten noch viel zu bedächtig vorgingen, setzten einen Landesauschuß (Odbor) ein, an dessen Spitze der junge Stratimirowitsch stand, und griffen zu den Waffen. In denselben Tagen, wo Jellatschitsch in Innsbruck verweilte, begannen in der Woivodina die Feindseligkeiten. Die Ungarn blieben im Nachtheil; ein Angriff, den sie unter General Grabowski auf Karlowitz machten, wurde von Stratimirowitsch erfolgreich zurückgeschlagen. Ungeduldig forderte nun der Agramer Landtag vom Kaiser, daß Jellatschitsch wieder eingesetzt werde und erklärte sich für unauflösbar. Dem Banus mußten diese Schritte sehr unlieb sein, weil sie ihm die Verständigung mit dem Hofe erschwerten; aber er wußte sich mit guter Art aus der Verlegenheit zu helfen. Am 9. Juli bestätigte er die Unauflösbarkeit und vertagte in demselben Augenblicke „mit einem väterlichen Gruße“ den unauflöslichen Landtag, der niemals wieder zusammentrat. Dann eilte er nach Wien um dort mit dem Erzherzog Johann, dem Palatinus Stefan und dem ungarischen Ministerpräsidenten Batthyány über einen Ausgleich zu verhandeln. Dabei fand er Gelegenheit sich einen bedeutenden Anhang in der Hauptstadt zu verschaffen, während die Magyaren von allen Seiten scheel angesehen wurden. In der That hatte sich seit zwei Monaten die Sachlage völlig umgekehrt; jetzt konnte niemand mehr, wie Anfang Juni, in den Südslawen die gefährlichen Feinde und in den Ungarn die Freunde des österreichischen Staates erblicken. Die Tapferkeit, mit welcher die illyrischen Regimenter in Italien gekämpft, bürgte für die Treue ihres Volkes und Jellatschitsch

Rampf in der
Woivodina.

Jellatschitsch in
Wien.

haltung der
Ungarn.

Kossuth.

Bruch des
Kaisers mit
den Ungarn.

selbst hatte sich durch seine letzten Handlungen von jenem Verdachte gereinigt. In Ungarn dagegen mehrten sich die Zeichen einer völligen Entfremdung von den gemeinsamen Interessen des Kaiserstaates. Seit der Erzherzog-Palatin am 26. Juni von dem Kaiser mit den Rechten des Souveräns ausgestattet und der ungarische Reichstag am 2. Juli in Ofen zusammengetreten war, kamen nur besorgliche und verletzende Botschaften über die Leitha herüber. Sämtliche Ministerien des Palatinus handelten, als ob sie völlig von der Wiener Regierung losgelöst seien; ungarische Diplomaten wurden an fremde Höfe geschickt, ein ungarisches Heer begründet, ungarische Anleihen und ungarisches Papiergeld ausgegeben. Kossuth, der Finanzminister, wies der Politik des Palatinus ihre Wege an. Jede Woche lieferte neue Belege für seinen gewaltigen Einfluß, dem die Batthyány, Götvös, Deak nicht das Gleichgewicht zu halten vermochten. Wenn uns der Himmel verläßt, hatte er bei Eröffnung des Reichstags in seiner Zeitung, dem Kossuth-Hirlapia, geschrieben, so werden wir uns aus der Hölle Geld verschaffen. Am 11. Juli forderte er von dem Reichstag mit hinreißender Beredsamkeit 200 000 Mann und 42 Millionen Gulden; krank, wie er war, brach er nach zweistündigem Sprechen ohnmächtig zusammen; aber es weckte ihn der donnernde Ruf, in den die Abgeordneten nach dem Vorgange Nyáry's, eines Führers der Linken, ausbrachen: Wir schwören es, wir geben alles! Und wozu sollte dieses Heer, dieses Geld dienen? Batthyány hatte in Innsbruck versprochen, Ungarn werde sich kräftig an dem Kriege in Italien beteiligen; Kossuth dagegen erklärte sich in offener Kammer-sitzung für die Abtretung der Lombardei bis an die Etzsch, und wenn er das auch anderen Tags einschränkend als seine Privatansicht bezeichnete, so konnte der Reichstag doch nun zu keiner weiteren Zusage vermocht werden, als daß er nach Herstellung der Ordnung in Ungarn dem Kaiser hilfsreiche Hand zur Erkämpfung eines Friedens bieten wolle, der den Wünschen der italienischen Nation und der Würde des Thrones gleichmäßig entspreche. Auch in bezug auf Deutschland ward am 3. August ein Beschluß gefaßt, der in Wien wenig behagen konnte: auf Teleki's Antrag erklärte der Reichstag, in einem Kampfe gegen die deutsche Einheit dürfe man auf Ungarns Hilfe nicht rechnen. Dazu kamen noch Maßregeln wie das Verbot des österreichischen Papiergeldes und der Silberausfuhr in die westliche Reichshälfte, ganz besonders aber die Beschlüsse eine eigene ungarische Anleihe auszuschreiben und neben dem bestehenden Heere gesonderte ungarische Bataillone zu errichten. Infolge dieser Vorgänge zog der Kaiser am 22. August die dem Palatin erteilte unbedingte Vollmacht zurück, verwarf das Anleihe- und das Militär-gesetz und befahl, daß die Feindseligkeiten gegen Serben und Kroaten eingestellt und Beratungen in Wien begonnen würden, an denen ungarische und österreichische Minister samt dem in seine Würde wieder eingesetzten Banus Jellatschitsch teilnehmen sollten. Das Schreiben, in welchem er dies dem Palatin anzeigte, nannte die Richtung, die Ungarn

eingeschlagen, gefährlich für das Gesamtreich und verwies auf eine Denkschrift des Wiener Ministeriums, die dies im einzelnen ausführte und überdies behauptete, die Zugeständnisse, welche der Kaiser den Ungarn seit dem März gemacht, bedürften zu ihrer Gültigkeit die Zustimmung der übrigen Kronländer.

Unverkennbar war durch diese Wendung den neuen Zuständen der Boden unter den Füßen weggezogen. Die magharischen Führer richteten danach ihre Handlungsweise ein. Während Batthyány in Wien mit zornigen Worten die Rücknahme des kaiserlichen Schreibens forderte, drohte Kossuth im Reichstage mit einer außerordentlichen vollziehenden Gewalt, die nicht aus dem Gesetz sondern aus der Gefahr des Vaterlandes die Mittel ihrer Thätigkeit entnehmen werde. Um Batthyány's Forderungen Nachdruck zu geben ward jene Abordnung von 100 Mitgliedern nach Wien geschickt und ihr der Auftrag gegeben die Überriedelung des Kaisers nach Ofen zu verlangen. Statt dessen erhielt sie die Kunde von der am 4. September erfolgten Wiedereinsetzung des gehäßten Jellatschitsch in alle seine Würden und wenige Tage darauf die weitere Nachricht, daß der Banus mit 40 000 Mann die ungarische Grenze überschritten habe und gegen Ofen rücke. In der ersten Aufwallung des Zornes legte Batthyány seinen Ministerposten nieder und eilte nach Pest, wo er Kossuth bereit fand die Diktatur zu übernehmen. Die Verantwortlichkeit diesen unheilbaren Schritt veranlaßt zu haben bewog ihn seinen Rücktritt zu widerrufen und ein neues Kabinett aus gemäßigt-konservativen Männern, wie Koloman Ghiczy, Erdödy und Bay, zu bilden. Während er seine Bedingungen nach Wien sandte und einstweilen, vom Reichstag und Palatinus anerkannt, die Geschäfte führte, zog Jellatschitsch zwischen dem Platten-See und der Donau gegen Ofen heran. Noch war vom Kaiser durch keine Äußerung der Einfall des Banus gebilligt; auch das Wiener Ministerium hatte nur mittelbar die Vorbereitungen dazu gefördert; noch war es gestattet das Unternehmen für die eigenmächtige Entschließung eines Mannes zu halten, der sich offen rühmte 21 kaiserliche Handschreiben unbefolgt gelassen zu haben und für den Kaiser, selbst gegen des Kaisers Willen, zu kämpfen. Zunächst galt es seinem Vorrücken Einhalt zu gebieten, und der Palatinus selbst ging zur ungarischen Armee ab. Wenn irgend möglich, wünschte er aber doch einen blutigen Zusammenstoß zu vermeiden; er bot deshalb Jellatschitsch eine Unterredung an Bord eines Dampfers an, auf dem er selbst am 21. September nach Szemes am Platten-See, dem Hauptquartier des Banus, fuhr. Der argwöhnische Kroat meinte jedoch, die Maschine des Schiffes könne am Ende zum großen Leidwesen des Prinzen stärker sein als dessen Ehrenwort; er ziehe es deshalb vor das feste Land nicht zu verlassen. So wurde aus der Besprechung nichts, und der Palatinus, ohne Zweifel überzeugt, daß Jellatschitsch auf des Kaisers Befehl handle, entschloß sich von einem Amte zurückzutreten, das ihn in eine unheilvolle Doppelstellung versetzte. Er verließ das Heer, gab

Beginn der
Feindseligkeiten.

Rücktritt des
Palatinus.

seine Vollmacht am 24. September in Wien in des Kaisers Hände zurück und reiste, von den Schmähungen der Ungarn wie von der Ungunst des Hofes begleitet, nach seiner nassauischen Besitzung Schaumburg an der Lahn ab, wo er bis an seinen Tod in freiwilliger Verbannung lebte.

Lamberg's
Ermordung.

Nun säumte auch der Kaiser nicht länger offen Partei zu nehmen. Noch am 24. September ward den ungarischen Truppen verboten Jellatschitsch anzugreifen, am 25. wurde der Hofrichter Georg Majlath zum stellvertretenden Palatinus, Baron Bay an Batthyány's Stelle zum Ministerpräsidenten, General Lamberg zum Oberbefehlshaber aller in Ungarn stehenden Truppen, also auch des kroatischen Heeres, ernannt. Diese letztere Bestimmung konnte zwar die Magyaren insofern befriedigen, als sie eine Unterordnung des Banus enthielt; aber das war ein Zugeständnis in der Form, nicht in der Sache, und genügte deshalb nicht. Ueberdies fehlte der Ernennung Lamberg's die Gegenzeichnung durch einen ungarischen Minister, wodurch sie erst recht als ein ungesetzlicher Willkürakt erschien. Lamberg selbst empfand das lebhaft und eilte sofort nach Pest um sich die Einwilligung Batthyány's zu holen, mit dem er befreundet war. Aber er traf den bisherigen Ministerpräsidenten nicht dort; derselbe war, gleichfalls von dem Wunsche beseelt sich mit Lamberg zu verständigen, ins Lager geeilt, wo er ihn zu finden hoffte. Herr in der Hauptstadt war Kossuth. Schon am 22. September hatte der Reichstag ihn mit Nyary, Madarasz, Szemere und zwei anderen Abgeordneten als Ausschuß zur Landesverteidigung dem Ministerium zur Seite gestellt. Jetzt, in Batthyány's Abwesenheit, beherrschte er vollkommen die Lage. Kaum hörte er von Lamberg's Ankunft in Pest, so ließ er den General, falls er den ihm vom Kaiser ungesetzlich übertragenen Oberbefehl annehme, durch den Reichstag für einen Landesverräter erklären. Mehr bedurfte es nicht um den ohnedies leidenschaftlich erregten Pöbel vollends zu fanatisieren. Wo Lamberg sich sehen ließ, war er feindlichen Angriffen ausgesetzt, so daß ihn schließlich die Nationalgarde zu seiner eigenen Sicherheit verhaftete. Aber während sie ihn am Morgen des 28. September über die Donaubrücke nach Pest führte, stürzte sich ein Pöbelhaufe über den Unglücklichen mit Knütteln, Sensen und Äxten und mordete ihn unter den scheußlichsten Martern und Verstümmelungen.

Jellatschitsch's
Rückzug.

Jellatschitsch's Nähe und die Furcht vor seiner Rache hatte der Leidenschaft nicht Halt gebieten können; aber schon die nächsten Tage entfernten auch diese Furcht. Eine unbedeutende Schluppe östlich von Stuhlweißenburg, bei Belencze, veranlaßte den Banus sich nach der österreichischen Grenze hinzuziehen. Ein Teil seiner Truppen unter General Roth, gegen 10 000 Mann stark, verlor dabei die Fühlung mit der Hauptmacht und sah sich bald von allen Seiten umzingelt; es war der erste glänzende Erfolg der Magyaren, als sie, geführt von Arthur Görgey und Perczel, am 7. Oktober diese Regimenter bei Dzora

zur Ergebung zwangen. Nun war der Banus nicht sobald zu fürchten und mit Verachtung konnte man das kaiserliche Manifest beiseite schieben, das ihn am 3. Oktober zum Stellvertreter des Königs in Ungarn ernannte, das Kriegsgesetz im ganzen Königreich verkündete und den Reichstag auflöste. Der offene Krieg war ausgebrochen; der Kaiser und Kossuth standen sich gegenüber; es war eine Frage der Macht geworden, wer das Feld behauptete. Und diese Frage lag nicht zu Ungunsten des Rebellen; das Land, das Heer, fast alle Festungen waren in seiner Hand; in dem Verteidigungsausschuß, im Reichstag gebot er unumschränkt; voller Begeisterung stand das Volk in großer Mehrheit hinter ihm. Und wenn noch etwas fehlte um die Hoffnung des Sieges zur unverbrüchlichen Gewißheit zu erheben, so geschah auch das jetzt; deutsche Truppen, die deutsche Hauptstadt Oesterreichs erklärten sich wider den Kaiser und für den Empörer; aufs neue mußte der kranke Herrscher aus dem Schlosse seiner Väter fliehen, und statt die Stefanskronen wieder zu gewinnen galt es jetzt die Stammlande, den Herrschersthron selbst den Auführern wieder zu entreißen.

Bis in den August hinein war die Stimmung der Wiener den Ungarn durchaus nicht freundlich gewesen; auch die leitenden Demokraten wollten die Erhaltung des Kaiserstaates und grollten den Absonderungsgehlüsten der Magyaren. Aber zwei Einflüsse änderten unmerklich die Stimmung: die Hinneigung zu dem demokratischen Geist, der sich in dem ungarischen Reichstage so kräftig entfaltete, und der wachsende Widerwille gegen die Slawen, die sich als die wahren Vertreter des Einheitsstaates aufspielten und ihre Mehrheit in dem Wiener Reichstage ebenso wohl gegen das Deutschtum wie gegen die Magyaren zu verwerten begannen. Wenn sie das Deutsche als Verhandlungssprache noch duldeten, so erzwangen sie doch anfangs September daneben die Einführung von Dolmetschen, die auf Verlangen von zehn Abgeordneten jeden Antrag vor der Abstimmung in allen Sprachen des Kaiserstaates verkündigen mußten, und bei der Beratung dieser Neuerung fielen die schärfsten Worte gegen die Deutschen. Wie leicht konnte nun diese slawische Majorität ihre Macht zu wichtigen Beschlüssen ausnutzen, wie leicht sich mit den Ministern, die längst schon von den Demokraten als Reaktionäre verschrien wurden, zu freiheitsfeindlichen Maßregeln verbinden. Das schien um so bedrohlicher, als die Demokratie seit dem 23. August den Sicherheitsausschuß verloren hatte, in dem bis dahin ihre ganze Stärke lag. Infolge von Lohnverminderungen, welche das Ministerium bei den öffentlichen Arbeiten angeordnet hatte, waren nämlich Unruhen in der Hauptstadt ausgebrochen, und der Sicherheitsausschuß hatte geglaubt durch die Drohung, er werde sich anderenfalls auflösen, die Regierung zum Nachgeben zwingen zu können. Statt dessen hatte diese die Auflösung in verbindlichster Weise angenommen und die Unruhen erfolgreich bekämpft. Ein paar Wochen hatte die verdubzte Demokratie den neuen Zustand ärgerlich ertragen; gegen Mitte September aber versuchte sie sich

Die Stimmung
in Wien.

Auflösung des
Sicherheits-
ausschusses.

Neuer Auf-
schwung der
Demokratie.

wieder in neuen Straßenaufmärschen, die am 13. ihren Höhepunkt erreichten. Zwar gelang es dem Ministerium auch jetzt schlimmeres zu verhüten, aber die Errichtung eines Centralkomitees der demokratischen Vereine war doch nicht zu verhindern. Infolgedessen nahm das Klubwesen einen neuen Aufschwung; Prediger, die von auswärts kamen, wie Ronge und Julius Fröbel, brachten neue Anregung; ganz besonders aber boten die Vorgänge in Ungarn dankbaren Stoff. Daß man für die Magyaren Partei zu nehmen habe, konnte nicht zweifelhaft sein; waren doch die reaktionären Minister und die slawische Reichstagsmehrheit gegen sie. Bislang nun hatte sich diese Parteinarahme nur in Reden und Beschlüssen kundgeben können; der Ausbruch des Krieges in Ungarn bot die Gelegenheit sie auch durch die That zu beweisen. Auf Befehl des Kriegsministers Latour sollte nämlich am 6. Oktober ein Wiener Regiment nach Ungarn abmarschieren um den Banus zu verstärken. Aber unzufrieden das gemächliche Leben in der Residenz mit dem beschwerlichen Feldlager zu vertauschen und überdies längst von demokratischen Ideen angesteckt, weigerten sich die Truppen zu gehorchen. Auch als sie durch ein galizisches Regiment dazu gezwungen werden sollten, beharrten sie auf ihrem Widerstande, die Bevölkerung der Vorstädte kam ihnen zu Hilfe und an der Latorbrücke entspann sich ein Kampf, in dem der Führer der Galizier, General Bredy, fiel und die Auführer den Sieg behaupteten. Die Nachricht von diesen Vorgängen brachte auch die innere Stadt in Aufregung; bald füllten sich die Straßen mit bewaffneten Nationalgardisten; die Glocken stürmten, die Kanonen der Meuterer donnerten dazwischen. Währenddessen waren die Minister bei Latour versammelt; bald umzingelte die Menge das Haus und forderte stürmisch die Einstellung des Kampfes. Sie wurde gewährt, aber das genügte den Banden nicht mehr; sie verlangten Einlaß in das Haus. Eine Kanone mit Kartätschenladung und 160 Grenadiere, die im Hofraum standen, würden es ihnen gewehrt haben, wenn Latour gewollt hätte; aber er verbot jeden Widerstand und ließ das Thor öffnen; in einem Verstecke wollte er, während die anderen Minister sich entfernten, den Sturm vorübergehen lassen. Unglücklicherweise erfuhr der Pöbel, daß er noch im Hause sei, und nun nahm das Geschrei nach seinem Kopfe kein Ende. Ein paar Abgeordnete, Smolka und Fischhof, kamen auf den Gedanken Freiwillige aus der Menge zum Schutz des Ministers aufzufordern und ihn nach dem Zeughaus zu bringen. Etwa zwanzig Arbeiter gelobten eidlich ihren Beistand. Aber die Zahl war zu klein, die Wut der Rasenden zu groß. Noch im Hofe des Gebäudes wurde Latour aus der Mitte der Schutzwache herausgerissen, mit Hammern, Stangen und Spießen zu Tode geschlagen und dann an einem Laternenpfahl aufgehängt. Ein Angriff auf das Zeughaus setzte die Rotte sodann in den Besitz brauchbarer Waffen; zahlreiche Barrikaden waren entstanden und wurden erfolgreich behauptet; als die Nacht hereinbrach, waren die Auführer Herren der Stadt. Inzwischen hatte sich der Reichstag versammelt und versuchte eine Vermittlung;

Parteinahme
für Ungarn.

Der Oktober-
aufstand.

Latours Er-
mordung.

Der Reichstag.

freilich war er nichts weniger als vollzählig; der Präsident Strobach und die meisten tschechischen Abgeordneten verließen sogar die Stadt und flüchteten nach Prag. Die Zurückgebliebenen aber setzten unter Smolkas Präsidium einen Sicherheitsausschuß ein, forderten den kommandierenden General Grafen Auersperg zur Einstellung der Feindseligkeiten auf und entsandten eine Abordnung an den Kaiser nach Schönbrunn mit der Bitte um die Ernennung eines volkstümlichen Ministeriums. Die Antwort lautete günstig; aber am anderen Morgen kam eine andere Botschaft: mit Tagesanbruch hatte der Kaiser Schönbrunn verlassen und sich nach Olmütz geflüchtet; ein Manifest verkündigte die Absicht des Monarchen der unterjochten Bevölkerung von Wien Hilfe zu bringen und die durch empörenden Frevel bedrohte Freiheit zu retten. Ein Angriff auf Wien stand also bevor, und es galt auf Abwehr zu denken. Dem Reichstag ward bei dieser Aussicht unheimlich zu Mute; er selbst so gut wie sein Sicherheitsausschuß hielten sich möglichst im Hintergrunde, auch der Wiener Gemeinderat machte den demokratischen Vereinen und Führern die Leitung nicht streitig. Diese erwählten einen früheren Offizier Wenzel Messenhauser zum Befehlshaber der Nationalgarde, den Polen Bem, der bei Ostrolenka gefochten, zum Führer der Mobilgardisten. Die nächste Gefahr schien von Sellatschitsch zu drohen, der die ungarische Grenze unfreiwillig überschritten hatte und froh war seinen Rückzug vor den Magyaren als ein Vorrücken gegen Wien darstellen zu können. Mit ihm vereinigte sich Auersperg, der allein zur Wiedereinnahme der Stadt zu schwach war. Aber ehe sie noch die Feindseligkeiten begannen, erhielten sie Befehl sich dem Fürsten Windischgrätz, dem Bezwiner von Prag, unterzuordnen. Dieser hatte bereits am 11. Oktober auf eigene Hand seinen Entschluß angekündigt den Kaiser zu schützen; fünf Tage darauf ward seine bisher geheim gehaltene Ernennung zum Feldmarschall und Oberbefehlshaber aller österreichischen Truppen mit alleiniger Ausnahme der italienischen Armee veröffentlicht. Gegen die gewaltigen Heeresmassen, die so von Norden und Osten heranzogen, schauten die Wiener vergebens nach Hilfe aus. An jubelndem Zuruf fehlte es ihnen freilich nicht; die Linke des Frankfurter Parlamentes sandte ihnen sogar durch eigene Abgeordnete, Robert Blum, Fröbel, Moritz Hartmann, den Bruderkuß von vielen Tausenden; selbst das Reichsministerium bezeugte ihnen durch die Entsendung Welckers und Mosles eine verwunderliche Teilnahme. Aber von irgend welchem Nutzen war die Anwesenheit dieser Bevollmächtigten im kaiserlichen Hoflager und in Windischgrätz' Hauptquartier nicht. Auch mit dem Beifall, der aus Berlin herübertönte, war den Wienern wenig gedient; unmittelbare Hilfe dagegen versprach das ungarische Heer zu bringen, das unter Moga's Führung Sellatschitsch bis an die Grenze gefolgt war und sie täglich überschreiten konnte. Allein obgleich der ungarische Reichstag feierlich erklärte, er wolle sich dem heldenmütigen Volke Wiens dankbar erweisen, so zögerte Moga doch demgemäß zu handeln. Erst als Windischgrätz

Der Kaiser
nach Olmütz.

Bedrohung
Wiens.

Ungarische
Hilfe.

von Norden her die Hauptstadt schon schwer bedrängte, entschlossen sich die Magyaren über die Leitha zu gehen. Am 30. Oktober stießen sie bei Schwechat mit Jellatschitz zusammen; vom Stefansturm ängstlich beobachtet, belebte ihr Kampf den Mut der Wiener noch einmal zu neuem Widerstande; aber da der Sieg zuletzt auf der Seite des Vanus blieb, so verschlimmerten sie dadurch nur ihr Schicksal. Schon tags zuvor hatten nämlich mit Windischgrätz, der seit dem 26. die Stadt umlagerte und seit dem 28. Herr der nördlichen Vorstädte war, Verhandlungen stattgefunden, in denen der Gemeinderat sich zuletzt zu bedingungsloser Übergabe verstand; allen voran hatte der Kommandant Messenhauser dazu geraten und seine Vollmacht bereits abgegeben. Aber das Erscheinen der Ungarn änderte die Lage; Messenhauser übernahm in Gemeinschaft mit einem anderen Offizier, Jenner von Jenneberg, die Leitung von neuem, und das Versprechen der Übergabe wurde als nicht gegeben betrachtet. Mit dem Rückzuge der Ungarn verschwand auch der kurze Hoffnungsrausch, und nun hüßte die Stadt durch eine Beschießung, zu der Windischgrätz am 31. den Befehl gab. Von ernstlichem Widerstande war nicht mehr die Rede. Abends zogen die Truppen in die eroberte Stadt ein, der Belagerungszustand ward verhängt, Kriegsgerichte eingesetzt, zahlreiche Verhaftungen vorgenommen. Auch Blum und Fröbel, die Mitglieder des Frankfurter Parlamentes, wurden vor das Kriegsgericht gestellt und an dem ersteren das Todesurteil, das auf den Strang lautete, am 9. November 1848 auf der Brigittenau durch Pulver und Blei vollstreckt; Fröbel wurde begnadigt; Messenhauser und einige zwanzig andere hüßten gleich Blum mit dem Tode. Der Reichstag stob bei dem Einzug der Truppen sofort auseinander; bis dahin hatte er die Vertagung, welche der Kaiser am 22. Oktober ausgesprochen, mißachtet; jetzt trug er nicht länger Bedenken sie anzuerkennen und sich am 22. November in Kremsier, einem Städtchen in der Nähe von Olmütz, wohin er auf den Rat der geflüchteten tschechischen Abgeordneten berufen war, wieder zusammenzufinden. Abgeschieden von der Welt und der Regierung führte er hier fortan ein harmloses Dasein, monatelang mit der Beratung der Grundrechte beschäftigt, während ein besonderer Ausschuß sich mit dem Entwurf einer Verfassung abmühte. Der Schwerpunkt des Staates ruhte nicht länger bei ihm, sondern bei dem Ministerium.

Ministerium
Schwarzen-
berg.

Dieses ward am 21. November von Grund aus verändert. An die Spitze trat Fürst Felix Schwarzenberg, ein blasierter Weltmann und starrer Anhänger des Alten, aber bewandert in den Geschäften und ein schneidiger Soldat, ihm zur Seite Graf Franz Stadion für das Innere, der Gründer des österreichischen Lloyd, Bruck, einst Buchhändler in Bonn, als Minister des Handels; Bach und Krauß für die Justiz und die Finanzen blieben auf ihren Posten. Das Programm, mit dem sie vor den Reichstag traten, verkündete den strengen Einheitsstaat; wie derselbe den Forderungen der Italiener und Ungarn gegenüber durchgeführt werden sollte, wurde nicht gesagt; auch über die künftige Stellung zu Deutsch-

Wiens Fall.

Blum er-
schossen.

Der Reichs-
tag nach
Kremsier.

land lagerte sich ein tiefes Dunkel. Erst wenn das verjüngte Österreich und das verjüngte Deutschland zur neuen, festen Form gelangt sind, so lauteten die Worte, wird es möglich sein ihre gegenseitigen Beziehungen staatlich zu bestimmen; bis dahin aber werde Österreich fortfahren seine Bundespflichten treulich zu erfüllen. Noch hatte man diese vieldeutigen Sätze zu prüfen und auszulegen kaum begonnen, als von Olmütz eine neue Nachricht kam, die den Beginn einer anderen Zeit außer Zweifel setzte. Am 2. Dezember 1848 um 8 Uhr morgens versammelte sich die kaiserliche Familie, das Ministerium, der Hof, die Feldmarschälle Windischgrätz und Sellatschitsch, die abends zuvor in Olmütz angekommen waren, und andere geladene Personen in der Residenz um Zeugen zu sein, wie Kaiser Ferdinand zu Gunsten seines Neffen, des 18jährigen Erzherzogs Franz Josef, die Krone niederlegte, nachdem zuvor sein Bruder, der Erzherzog Franz Karl, zu Gunsten dieses seines Sohnes auf die Nachfolge verzichtet hatte. Es war ein längst gehegter Plan, der so zur Ausführung gelangte; er war in Innsbruck und dann wieder in Schönbrunn der Verwirklichung nahe gewesen, aber gerade jetzt kam er doch völlig überraschend. Seine Hauptspitze kehrte er gegen Ungarn, dem gegenüber Ferdinand durch Wort und Eid gebunden, der junge Monarch aber persönlich frei war. Allein die Sache hatte auch ihre Rehrseite; auch die Ungarn waren dem bisherigen Herrscher verpflichtet, der neue blieb ihnen solange fremd, bis er mit der Stefanskronen gekrönt war. Der 2. Dezember erweiterte also die Kluft zwischen den Magyaren und dem Throne, und wenn Ferdinands Regierung wenig bedeutet hatte, so war seine Entthronung doch ein Schritt von großer Tragweite. Ein persönliches Opfer brachte er durch dieselbe nicht. „Gott segne dich, sei brav: es ist gern geschehen“, diese Worte, mit denen er seinen Nachfolger umarmte, waren gewiß aufrichtig. Die lange Lebenszeit, die ihm noch beschieden war, verbrachte er fränklisch und stumpf, aber still vergnügt und unbekümmert um die Händel der Welt, an der Seite seiner Gemahlin Maria Anna in Prag, wo er erst am 29. Juni 1875 starb.

Abdankung
Kaiser Ferdi-
nands.

Die Krisis in Preußen.

Sowenig diese Vorgänge in Österreich durch die Ereignisse in Deutschland beeinflusst wurden, so stark war ihre Rückwirkung auf den Gang der Dinge in Frankfurt und Berlin. Die preussische Hauptstadt genoß seit dem Eintritt des Ministeriums Auerwald-Hansemann verhältnismäßig großer Ruhe; die Straßenaufläufe, das Schaumspritzen der Revolution, wie man es nannte, hörten auf; die Nationalversammlung enthielt sich, während ihr Ausschuß die Verfassung beriet, aufregender Verhandlungen. Wohl organisierte sich mehr und mehr der Widerstand der feudalen Partei, die seit dem 1. Juli 1848 in der Kreuzzeitung ein streitbares Organ besaß und nicht bloß in dem Junkerparlament, einer unter Bülow-Gummerows Vorsitz zusammengetretenen Versammlung,

Der Steinische
Antrag.

sich gegen die Angriffe auf ihre Privilegien zur Wehr setzte, sondern durch die Preußenvereine auch in breiteren Schichten der Bevölkerung Fuß faßte. Aber eine lebhaftere Beunruhigung schienen diese Vorgänge doch kaum zu rechtfertigen. In den Provinzen war es nicht überall so still. Ein erschreckender Vorfall in Schweidnitz setzte auch die Vertreter des Volkes wieder in Bewegung. Dort war am 31. Juli, von dem Kommandanten der Festung beleidigt, die Bürgerwehr vor dessen Wohnung gezogen; eine Kompagnie Linientruppen, die zu Hilfe gerufen ward, gab Feuer und 14 Bürgerleichen blieben als Opfer auf dem Platze liegen. Infolgedavon verlangte der Breslauer Abgeordnete Stein am 9. August einen Erlaß an die Offiziere, der sie anweise alle Zusammenstöße mit den Bürgern zu vermeiden und dadurch ihre Hingebung an den neuen Rechtszustand zu bekräftigen. Der Antrag fand natürlich die Zustimmung der Nationalversammlung und ward auch von dem Kriegsminister Schreckenstein kaum bekämpft. Den König dagegen versetzte dieser Versuch einer Einmischung in die Heeresangelegenheit in die größte Mißstimmung; er verweigerte seine Zustimmung zu dem Erlaß und nötigte das Ministerium zu der Erklärung in der Kammer, daß es der verderblichen Folgen wegen den Beschluß vom 9. August nicht ausführen könne. Darüber geriet nicht bloß die Linke in heftigen Zorn, sondern auch die Centren fanden diese Weigerung unerhört; die Berliner Bürgerwehr, die sich selbst ein wenig bedroht fühlen mochte, steigerte die Widerstandslust durch hunderte von Bezirksversammlungen und durch die Erklärung, sie werde die Beschlüsse der Volksvertreter und diese selbst zu verteidigen wissen. Am 7. September kam die Weigerung des Ministeriums zur Verhandlung; nach lebhaftem Kampfe forderten 219 von 362 Stimmen „zur Vermeidung eines Bruches“ die sofortige Ausführung des Beschlusses vom 9. August. Den Ministern war ein Nachgeben unmöglich; der König dachte nicht daran sich zu fügen; der Sturz des bisherigen Kabinetts war also nach kaum zehnwöchentlicher Dauer unvermeidlich geworden. Nun war in denselben Tagen auch das Frankfurter Ministerium zusammengebrochen, und dem Könige kam der Gedanke, dem Mangel an geeigneten Räten, den er in Berlin verspürte, durch Berufung Beckeraths abzuhefen. Von dem bewährten liberalen Namen dieses Mannes mochte er hoffen, daß er das Mißtrauen beschwichtigen werde, während seine weiche und königstreue Gesinnung eine leichte und aufrichtige Verständigung zwischen Herrn und Diener zu versprechen schien. Aber Friedrich Wilhelm kannte Beckerath noch nicht; unter der milden Außenseite barg sich ein klarer und unerschütterlicher Wille; unbedenklich erklärte der Krefelder Kaufherr, daß nach seiner Überzeugung nur die Verbindung demokratischer und monarchischer Grundsätze den Staat zu retten vermöge; er forderte einen Erlaß an das Heer, der in milden Formen dem Willen der Nationalversammlung genüge; er verlangte eine volkstümliche Umbildung des Heerwesens und Verkürzung der Dienstzeit und stellte endlich als Bedingung die

Sturz des
Ministeriums.

Anerkennung der in Frankfurt beschlossenen Gesetze und der noch in Beratung befindlichen deutschen Verfassung. Das zu gewähren kam dem König nicht in den Sinn; dennoch gab er die Bemühungen Beckerath zu gewinnen nicht auf. In einem ungemein herzlichen Briefe beschwor er ihn seinem Könige und Freunde nicht das mildernde, beschwichtigende Öl seines Namens zu entziehen und wenn auch ohne Portefeuille in das Ministerium einzutreten. Beckerath blieb fest; er war bereit und sagte das dem Könige alles für Preußen zu opfern, aber sein Gewissen nicht; mit gelähmtem Geiste wolle er dem Vaterlande nicht dienen. So entbehrte denn das neue Ministerium eines vertrauenerweckenden Namens. Der General Pfuell, der an der Spitze stand, galt zwar für einen ehrlichen und wohlmeinenden Mann, aber schon seine Eigenschaft als Soldat machte ihn mißlieblich; die anderen Mitglieder wie Dönhoff, der frühere Bundestagsgesandte, Eichmann, Bonin, gehörten dem alten Beamtenstaate an; es bedurfte kaum noch der Ernennung des aus Schleswig zurückgekehrten Generals Wrangel zum Oberbefehlshaber in den Marken um der öffentlichen Meinung die Gewißheit zu geben, daß die Reaktion begonnen habe. Es half nicht viel, daß Pfuell beim Könige manchen Schritt durchzusetzen wußte, der dieser Auffassung widersprach, daß sogar ein Erlaß an die Armee erging, den der Führer des linken Centrum, von Unruh, aufgesetzt hatte und der völlig den Forderungen vom 9. August genügte, oder daß am 24. September das von Waldeck entworfene Gesetz zum Schutz der persönlichen Freiheit veröffentlicht wurde. Die Gereiztheit gegen das Ministerium und den König blieb ungeschwächt und fand einen trefflichen Tummelplatz, als am 12. Oktober die Verhandlungen über die Verfassung begannen: gleich aus den Einleitungsworten wurde mit großer Mehrheit das „Von Gottes Gnaden“ vor dem Titel des Königs gestrichen. Wie übel der Monarch das vermerkte, ließ er die Abordnung fühlen, die ihn am 15. Oktober zum Geburtstag beglückwünschte; danken Sie Gott, sagte er unter anderem, daß es bei uns nicht wie in Frankreich ist, daß Sie noch eine angestammte Obrigkeit von Gottes Gnaden haben! Ein Sturm lag in der Luft, das verkündeten zahlreiche Anzeichen. Die Sitzungen der Versammlung wurden aufgeregter; der Präsident Grabow ward bei einem Ordnungsruf von der Mehrheit im Stich gelassen und legte sein Amt nieder, das von Unruh übernahm, während Waldeck mit sieben Stimmen Mehrheit sein Stellvertreter wurde; aus dem Königsschloß und dem Sitzungssaal verbreitete sich die Gärung auch auf die Straße; Zusammenrottungen wurden wieder häufiger, am 16. Oktober gab es wieder einmal ein blutiges „Schaumspritzen“. Dazu kamen nun die Nachrichten aus Wien: erst vom Siege der Freiheit, der Flucht des Kaisers, der Herrschaft des Volkes; dann von der Verlegung des Reichstages, den Märschen der Sellatschitsch und Windischgrätz, der Beschießung der Hauptstadt. Man wollte sich von dem „heldenmütigen Volke Wiens“ nicht überbieten und es in der Not nicht ohne Hilfe lassen. Am 31. Oktober stellte Waldeck

Ministerium
Pfuell.

Verfassungs-
beratung.

Gärung in
Berlin.

Beschluß zu
Gunsen der
Wiener.

den Antrag, die preußische Regierung solle mit allen Mitteln zum Schutz der in Wien bedrohten Freiheit einschreiten. Da gab es drinnen wieder leidenschaftliche Verhandlungen und draußen vor dem Schauspielhause, in dem seit vierzehn Tagen die Sitzungen gehalten wurden, konnte der Pöbel nur mit Mühe zurückgehalten werden. Aber trotz dieser Bedrohung ward der Antrag Walbecks abgelehnt, freilich nur zu Gunsten des wenig verschiedenen, den Rodbertus gestellt hatte: statt der preußischen vielmehr die Reichsregierung zum Schutz der Wiener Freiheit anzurufen; nur 52 von 313 Stimmen waren gegen diesen Antrag, der Minister Pful selbst stimmte dafür.

Rücktritt
Pfuls.

Ministerium
Brandenburg.

Dem Könige mußte dieser Beschluß und dieses Verhalten seines ersten Rates im Innersten zuwider sein; als nun gar der nächste Tag die Kunde von dem vollkommenen Siege Windischgrätz brachte, glaubte er auch seinerseits rückhaltslos mit der Revolution brechen zu können. Wrangel erhielt die Vollmacht den Belagerungszustand zu verhängen, und da er erklärte, daß energische Maßregeln unmöglich seien, wenn Pful Kriegsminister bleibe, so entließ der König diesen und das ganze Ministerium. Allerdings war es schwer einen Nachfolger zu finden, der die Verantwortung für einen Schritt übernahm, dessen Tragweite man gar nicht übersehen konnte; indes ein Oheim des Königs, Graf Brandenburg, Sohn Friedrich Wilhelms II. und der Gräfin Dönhoff, ließ sich, mehr wohl aus soldatischem Gehorsam als aus politischem Eifer, dazu bereit finden. Man wußte von dem Manne nichts, als daß er kürzlich an die Breslauer Bürgerwehr einen drohenden Erlaß gerichtet hatte; aber auch ohne diesen Umstand wäre ihm ein mißtrauischer Empfang sicher gewesen. Als die Versammlung am 2. November die Anzeige von seiner Ernennung erhielt, beschloß sie sofort eine Abordnung an den König zu senden um ihn zur Ernennung eines anderen Ministerpräsidenten zu bewegen. Unter Unruhs Führung begaben sich nachmittags 25 Männer, Mitglieder aller Parteien, nach Sanssouci. Anfangs wollte der König sie gar nicht vorlassen, dann empfing er sie doch, hörte ihre Adresse an, faltete sie zusammen und ging schweigend der Thüre des Nebenzimmers zu. Ehe er sie öffnete, rief einer der Abgeordneten, Johann Jacoby: Wollen Ew. Majestät uns nicht weiteres Gehör schenken? Ein kurzes Nein war die Antwort. Da verstieg sich der Königsberger Demokrat, dem höfische Sitte freilich fremd war, zu dem dreisten Worte: Das eben ist das Unglück der Könige, daß sie die Wahrheit nicht hören wollen! Wenn es noch eine Brücke zur Verständigung gab, so war sie damit abgebrochen. Der Flügeladjutant des Königs, von Manteuffel, erschien und erklärte den Abgeordneten, sie seien entlassen; am anderen Tage lief die schriftliche Antwort des Monarchen ein, welche die Ernennung Brandenburgs, der sich das Vertrauen des Landes schon erworben werde, lediglich bestätigte.

Zunächst aber hatte er Mühe Gehilfen zu finden; die Berufung Bismarcks soll der König mit der schriftlichen Notiz: „Roter Reaktionsär,

riecht nach Blut, später zu gebrauchen!" abgelehnt haben; erst am 9. November konnte Brandenburg mit drei Genossen, Otto von Mantuffel, Ladenberg und Strotha, vor die Versammlung treten; er brachte eine königliche Botschaft mit, welche die sofortige Vertagung der Verhandlungen und die Wiederaufnahme derselben am 27. November in der Domkirche zu Brandenburg befahl; als Grund dieser Maßregel wurde die Notwendigkeit, der Versammlung die Freiheit ihrer Beratungen zu sichern, vorgeschützt. So war der Revolution durch einen Staatsstreich geantwortet. Ein Wortbruch im strengsten Sinne lag freilich nicht vor, geschweige denn ein Rechtsbruch; zur Vereinbarung der Verfassung hatte der König die Versammlung berufen und in dieser Arbeit wurde sie, den kurzen Zeitverlust abgerechnet, nicht behindert; aber eine Demütigung war dieser Schritt, die sich schwer verschmerzen ließ, die das Ansehen der Volksvertretung tief schädigen mußte und die ernsthaft bedrohlich erschien, wenn man der Vorgänge in Wien gedachte, in der Verlegung des österreichischen Reichstages nach Kremsier das Vorbild dieser Maßregel erkannte und die Stellung Wrangels vor den Thoren der Hauptstadt mit der Rolle, die Windischgrätz in Wien gespielt hatte, verglich. Soviel war sicher, nur eine neue Revolution konnte, wie die Dinge jetzt lagen, der Nationalversammlung ihre alte Bedeutung wiedergeben. In dieser Erkenntnis handelte der Präsident von Unruh und die Mehrheit. Trotz der Verwahrung, die Brandenburg einlegte und der die Rechte durch sofortige Entfernung Folge gab, setzte die Versammlung ihre Sitzung fort, erklärte die Vertagung für ungültig, lehnte einen Antrag sich kraft eigenen Entschlusses auf den 27. November nach Brandenburg zu vertagen mit 252 gegen 30 Stimmen ab und faßte endlich den Beschluß die Sitzungen an jedem Orte wieder aufzunehmen, wohin der Präsident sie verlegen werde. Wider Erwarten konnte man am nächsten Tage, dem 10. November, noch einmal im Schauspielhause zusammentreten; der Kommandant der Bürgerwehr, Major Rimpler, hatte sich geweigert dasselbe nach dem Verlangen des Ministeriums abzusperren, und die Truppen waren noch nicht einmarschiert; denn schon auf 5 Uhr früh hatte Unruh die Sitzung anberaumt. Im Laufe des Vormittags aber rückte Wrangel ein und besetzte die Straßen um das Schauspielhaus, während vor demselben die Bürgerwehr unter Waffen stand. Zum Angriff schritt er nicht, sondern erklärte einfach, er werde warten, bis die Abgeordneten sich der Vertagung gefügt hätten, und wenn es acht Tage dauern sollte.

In der That stand bei diesem Abwarten nichts auf dem Spiele. Die Stimmung der Bürgerschaft war matt und erschöpft; mit Angstlichkeit sah die große Klasse der Besitzenden dem unruhigen Treiben der Wähler zu und begrüßte die Rückkehr der Truppen als ein rettendes Ereignis. Erleichtert atmete sie auf bei den schneidigen Worten in Wrangels Armeebefehl: Meine Truppen sind gut, die Schwerter haarscharf geschliffen, die Kugeln im Gewehr! Beruhigt sah sie die blutroten

Vertagung
der Versamm-
lung.

Fortdauer
der Verhand-
lungen.

Einmarsch
Wrangels.

Plakate von den Straßenecken verschwinden, die den Republikaner zeigten, wie er nach gethaner Arbeit zwischen Laternenpfählen voller Leichen sich zur Ruhe legt. Mit frohem Herzen nahm sie wahr, wie jene unheimlichen Gestalten aus der Hauptstadt entwichen, die selbst den Frankfurter Baffermann erschauern machten, als er an einem Oktoberabend die Straßen Berlins durchwanderte. Der Rückschlag gegen die Maßlosigkeiten der Revolutionäre war in der öffentlichen Meinung längst vorbereitet und durch den Schuß, den ihm die Anwesenheit der Truppen bot, ward er nun ganz offenkundig. Auch die Bürgerwehr entzog sich ihm nicht; die Lust zu kühnen Thaten verschwand mit einem Schlage; und die Nationalversammlung, jeder Stütze bar, mußte auf ihren Rückzug denken. Sie bewerkstelligte ihn mit wiederholten Versuchen noch irgend welchen Halt zu gewinnen. Ein Aufruf ermahnte am 10. das Volk zur Verteidigung des Gesetzes und der errungenen Freiheiten; dann ward unter feierlicher Bewahrung gegen den angewandten Zwang für diesen Tag die Sitzung aufgehoben. Als bald besetzten die Truppen das Schauspielhaus, und als anderen Tags die Abgeordneten, von neuem durch den Präsidenten dorthin berufen, den Eintritt verlangten, ward er ihnen verwehrt. Sie tagten darauf im Hotel de Russie. Das Ministerium ließ sie zunächst gewähren, that aber die nötigen Schritte um die Ruhe in Berlin auf die Dauer zu sichern. Am 11. wurde die Bürgerwehr aufgelöst, am 12. der Belagerungszustand verhängt. Die Bürgerwehr leistete keinen Widerstand; in der Nacht versammelten sich zwar ihre Majore unter Teilnahme Waldecks und anderer Abgeordneten sowie mehrerer Vertreter von Arbeitervereinen um zu überlegen, was zu thun sei; allein da Waldeck es nicht über sich gewann sie zum Aufbruch zu reizen, so verhallten die ungestümen Redereien einzelner Hitzköpfe ungehört und diese „Major’snacht“, wie die Reaktionäre sie spöttisch nannten, ging folgenlos vorüber. Mit dem Belagerungszustande wurde auch das Verbot aller Versammlungen von mehr als 20 Personen verhängt. Dies gab die weitere Handhabe zum Einschreiten gegen die Nationalversammlung. Am 11. und 12. hatten ihre Mitglieder ungestört beraten können, das Ministerium behandelte sie wie Privatleute, die nach dem Vereinsrecht beliebig zusammentreten durften; am 13. fielen aber auch sie unter das neue Verbot, und das Militär erhielt Befehl sie aus dem Schützenhause, wo sie tagten, zu vertreiben. Zufälligerweise war die Sitzung schon geschlossen, als die Soldaten kamen, und auch am 14. hob Unruh die Beratung so zeitig auf, daß keine Störung erfolgte. Am 15. kam man in dem Milen’schen Saale Unter den Linden zusammen. Auf der Tagesordnung stand der Bericht von Kirchmanns über den Antrag von Jacoby, Schulze-Delitzsch a. a., welcher dem Ministerium das Recht zur Steuererhebung absprach, solange die Versammlung an der Beratung in Berlin verhindert sei. Da erschien vor der Abstimmung der Major Herwarth von Bittensfeld mit einer Abteilung Soldaten und verlangte Räumung des Saales. Waldeck wollte Troß

Die National-
versammlung.

Auflösung der
Bürgerwehr.

Steuerver-
weigerung.

bieten: Ein Landesverräter, rief er aus, wer diesen Saal verläßt! Unruh dagegen erklärte, die Versammlung weiche der Gewalt. Währenddessen hatten einige Mitglieder den Major bewogen für einen Augenblick den Saal wieder zu räumen. Diese Frist benutzte der Präsident den Ausschußantrag zur Abstimmung zu bringen und zu verkünden, daß er von den 227 Anwesenden einhellig angenommen sei. Mit diesem kleinen Triumphe ging die Versammlung auseinander.

Thatsächliche Bedeutung gewann der Beschluß freilich nicht; die ruhebedürftige Masse der Bevölkerung dachte weder in Berlin noch in den Provinzen daran ihm Folge zu leisten. Ganz vereinzelt waren die Versuche ihm zu gehorchen, am merkwürdigsten der des Oberpräsidenten von Schlesien, Pinder, welcher erklärte, er werde die eingehenden Steuern nicht nach Berlin abliefern. Das Ministerium erleichterte ihm dieses Vorhaben dadurch, daß es ihn sofort absetzte. Unruhen in Frankfurt a. D., Halle, Erfurt wurden noch schneller unterdrückt als die in Breslau, welche Pinder zu jener Erklärung getrieben hatten. Als der 27. November herankam, war das Land zwar in erwartungsvoller Spannung, aber vollkommen ruhig. Die Abgeordneten, welche sich in Brandenburg einfanden, erreichten nicht die Zahl der Beschlußfähigkeit; sie trugen deshalb auch Bedenken nach dem Antrage der Heißsporne die Einberufung der Stellvertreter für die ausgebliebenen zu beschließen. Unter dem Alterspräsidium des Oberburggrafen von Brünnick warteten sie ab, daß ihre Zahl sich vermehre, und bei der Stimmung im Lande konnten sie ziemlich sicher sein, daß sie nicht lange zu harren brauchten. Schon am 1. Dezember war ihre Zahl von 154 auf 259 gestiegen, und einige Parteigenossen des Präsidenten von Unruh verkündigten, daß dieser auf den 4. Dezember eine Sitzung anberaumt habe und selbst erscheinen werde; bis dahin, so forderten sie, sollte sich die Versammlung vertagen. Dessen weigerte sich die Mehrheit und zwang dadurch die Linke durch sofortige Entfernung abermals Beschlußunfähigkeit herbeizuführen. Nun gab es stürmische Auftritte unter den Zurückgebliebenen. Die Herren Simons und Daniels stellten von neuem den Antrag die Stellvertreter einzuberufen; Brünnick ließ die Abstimmung zu, obgleich nur 172 Mitglieder zugegen waren; die Mehrheit aber verwarf die ungesetzliche Maßregel auch jetzt; nur 72 stimmten ihr zu, 82 enthielten sich des Votums. Vertagen mußte man sich nun doch, aber jedenfalls sollte es nicht zu dem von Unruh anberaumten Tage geschehen; statt auf den 4. wurde die nächste Sitzung auf den 7. Dezember angesetzt.

Das waren unerquickliche Zustände, der Regierung aber kamen sie sehr bequem. Mit dieser Versammlung, die sich selbst zerfleischte, war nichts anzufangen, konnte also auch die Verfassung nicht vereinbart werden. Das aber war ihr einziger Zweck, zu dem der König sie berufen, das Land sie gewählt hatte. Vermochte sie diesen Zweck nicht zu erreichen, so war sie überflüssig und schädlich, so war es eine Wohlthat für das Land, wenn der König das mißratene Parlament auflöste und

Die Sitzungen
in Branden-
burg.

Auflösung
der Versamm-
lung.

Die Verfassung vom 5. Dezember.

Eindruck des Staatsreichs.

Das Frankfurter Parlament.

die Verfassung, die dessen Ausschuss entworfen hatte, etwa mit den Änderungen, auf denen er bei den Verhandlungen doch bestanden haben würde, einseitig in Kraft setzte. Sollte das Volk noch weitere Änderungen wünschen, so konnten die ja immer auf dem ersten ordentlichen Landtage getroffen werden. Von diesem Standpunkte aus löste der König am 5. Dezember 1848 die Nationalversammlung auf und verkündete gleichzeitig aus eigener Vollmacht die Urkunde der preussischen Verfassung. Sie stimmte in den meisten Paragraphen wörtlich mit Walbecks Entwurf überein; die bedeutsamste Abweichung war der wichtige § 105, welcher dem Könige das Recht gab in Abwesenheit der Kammern für dringende Fälle Verordnungen mit Gesetzeskraft zu erlassen, allerdings unter Verantwortlichkeit des Ministeriums und mit Vorbehalt der nachträglichen Genehmigung durch die Kammern. Der Paragraph hatte eine böse Berühmtheit durch die Juli-Revolution erlangt; es war derselbe, auf Grund dessen Polignac die Ordonnanzen erlassen hatte; ihn sparsam und vorsichtig anzuwenden schien deshalb sehr geraten zu sein. Allein der König und seine Ratgeber waren dieser Meinung nicht, sie machten sofort einen sehr reichlichen Gebrauch davon. Bis zum 26. Februar 1849, zu welchem Tage die Kammern einberufen wurden, ergingen auf Grund des § 105 die allerdings unerläßlichen Wahlgesetze, aber auch Verordnungen über die Einführung von Geschworenen, über die Aufhebung der bevorzugten Gerichtsbarkeit, über bäuerliche und Gewerbeverhältnisse, kurz, Verfügungen, die keineswegs dringlich waren, sondern nur die öffentliche Meinung oder einzelne Stände für die Regierung gewinnen sollten. Denselben Zweck verfolgte wohl auch die Berufung zweier Männer in das Ministerium, die bisher zu den Liberalen gehört hatten, Hintelens und van der Heydts; beide unterzeichneten schon die Urkunden vom 5. Dezember. Wirkungslos waren alle diese Bemühungen nicht; denn in weiten Kreisen wünschte man nichts eifriger als sich mit guter Art beruhigen zu lassen und den Vorwand zum Einlenken zu finden; selbst solche Männer, welche die letzte Schuld für alle Wirrsale auf die Regierung warfen und es dem Könige nicht verziehen, daß er am 2. November die schiefe Ebene beschritten habe, hielten doch jetzt ein anderes Verfahren kaum für möglich, und daß die Krone überhaupt nur wieder Kraft und Willen zeige, tröstete manchen über die Schmach, die der Verlauf der letzten Wochen über Preußen gebracht hatte. Der König war sehr guten Mutes bei der Wendung der Dinge; er hoffte sich am 5. Dezember gute Winterquartiere erkämpft zu haben, wie einst sein großer Vorfahr an demselben Tage bei Leuthen. Die Verfassung gab ihm freilich „ein wenig Bauchweh“, weil sie eigentlich schlecht sei; aber dafür entschädigten ihn die zahlreichen Glückwünsche und Dankfagungen, die ihm — unaufgefordert, wie er meinte — von allen Enden des Landes zuströmten. Auch die fremden Höfe, selbst das englische Ministerium, waren voll Anerkennung für seine entschlossene Haltung, und die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes samt dem Reichsministerium hätte

zwar anfangs gern die Entlassung Brandenburgs gesehen, billigte aber sofort die Vertagung der Versammlung, weil dieselbe in der That der Freiheit ihrer Beratungen entbehrt habe, und weigerte sich die Auflösung und den einseitigen Erlaß der Verfassung zu tadeln, so oft und eifrig die Linke auch darauf antrug.

Die Krisis in Frankfurt.

Offenbar war jetzt ein Augenblick gekommen, in dem zwischen Berlin und Frankfurt ein fruchtbares und aufrichtiges Einverständnis hergestellt werden konnte. Dieselbe Ernüchterung wie in Preußen herrschte seit den Septembertagen und dem zweiten badischen Aufstande auch in der Majorität des Parlamentes; dieselbe verschämte Befriedigung und vorsichtig zurückhaltende Billigung, mit welcher der geängstigte preussische Liberalismus in seiner gemäßigten Mehrzahl die Vorgänge des November und Dezember aufnahm, empfand man auch im Reichsministerium und in den Mittelparteien der Paulskirche. Auch verkannte man nicht, daß durch diese Ereignisse eine wichtige Machtverschiebung stattgefunden habe, daß der Traum von der Überlegenheit Frankfurts eben nur ein Traum gewesen sei, daß man nur durch den Anschluß an Preußen die eigenen Ziele erreichen könne. So war man denn sichtlich bemüht nähere Fühlung mit Friedrich Wilhelm IV. zu gewinnen und ein vertrauensvolles Zusammengehen anzubahnen. Bassermanns Sendung gegen Ende Oktober war der erste Schritt dazu; ihm folgten eine Woche später die Abgeordneten Simson und Hergenhahn, und um den Schluß des Monats reiste sogar Gagern persönlich nach Berlin. Sie alle wirkten, wie vor ihnen Beckerath, nach besten Kräften dahin den König und seine Ratgeber in ihre Gedankenkreise hineinzuziehen; aber der Erfolg, den sie hatten, war doch kein befriedigender. Sie kehrten heim mit der Überzeugung, daß es noch harte Arbeit kosten werde den König umzustimmen. Und doch gewährte Friedrich Wilhelm diesen Männern nicht einmal den vollen Einblick in seine innersten Empfindungen; in der herzlichen Umarmung, mit der er Gagern begrüßte, in den wohlwollenden Worten, die er zu Bassermann sprach, verloren seine Einwände und Vorbehalte viel von der Schneidigkeit, mit welcher er sie vertrauten Freunden wie Bunsen zu erkennen gab. Die Krone, die man in Frankfurt schmiedete, galt ihm für nichts als einen Keif, aus Dreck und Letten gebacken, der mit seinem Ludergeruch den Träger überschwänglich verumehre. Soll die tausendjährige Krone deutscher Nation wieder einmal vergeben werden, so schrieb er leidenschaftlich, dann bin ich es und meinesgleichen, die sie vergeben, und wehe dem, der sich anmaßt, was ihm nicht zukommt! Das ganze Treiben der Frankfurter Versammlung, in welcher doch die gemäßigten Parteien immer mehr zur Geltung kamen, war ihm ein Greuel; es schien ihm an der Zeit, daß die Fürsten ein Wort dreinsprächen. Er dachte sich, dieselben sollten der Paulskirche ein Staaten-

Der König.

Osterreich und
Deutschland.

haus zur Seite stellen und die Wahl des Reichsoberhauptes nachdrücklich als ihr ausschließliches Recht in Anspruch nehmen. Dabei hielt er mit wunderbarer Zähigkeit an Osterreich fest, während überall sonst seit dem Oktober die Überzeugung durchbrach, daß mit dem Kaiserstaate nichts anzufangen sei. Das Parlament, das seit dem 19. Oktober in die Verfassungsberatung eingetreten war, hatte am 27. beschlossen, daß nur deutsche Länder zum Reiche gehören und nicht-deutsche Provinzen nur durch Personalunion mit deutschen Staaten verbunden sein dürften. Als darauf Schwarzenberg sein Kremfierer Programm erließ, wonach Osterreich und Deutschland erst jedes für sich eine neue Verfassung gewinnen sollten, ehe über ihr Verhältnis zu einander etwas bestimmt werden könne, wandten sogar die Könige von Bayern und Württemberg sich nach Berlin und schlugen einen Fürstenbund ohne Osterreich vor, in dem Preußen den Vorsitz führen sollte. Alles das machte auf Friedrich Wilhelm keinen Eindruck. Seine Schwärmerei für Osterreichs deutschen Beruf, seine bescheidene Anerkennung der besseren Rechte des Kaiserstaates auf die leitende Rolle konnte durch nichts erschüttert werden. Unverdroffen begann er Verhandlungen mit Schwarzenberg um zunächst Osterreich und dann weiter die Könige zu dem gewünschten Auftreten in Frankfurt zu bewegen, und als er damit noch nicht ans Ziel kam, sandte er im Dezember und Januar sogar den Grafen Brühl dreimal nach Olmütz um auf Grund einer Denkschrift, die er selbst entworfen, die Verständigung zu erzielen. Den osterreichischen Staatsmännern wuchs dadurch der Mut gar sehr; statt auch ihrerseits entgegenzukommen und die preußischen Wege einzuschlagen, die ihnen doch so günstig waren, verfolgten sie hochmütig ihre eigenen Ziele. Vor allem beeilte sich Schwarzenberg den Frankfurtern gegenüber sein Programm auszudeuten; denn die Wirkungen, welche es dort hervorgerufen, waren ihm sehr unerwünscht. Entweder, so hatte man geschlossen, sei Osterreich bereit seine Beziehungen zu dem einheitlich gestalteten Deutschland auf ein enges Bundesverhältnis zu beschränken, oder es strebe dahin die Reichsverfassung so weit zu lockern, daß es mit seinen sämtlichen Ländern Platz darin finden könne. Der zweite Weg bedeutete nichts anderes als die Rückkehr zu den verschlimmerten vormärzlichen Zuständen; nur die erste Deutung war also für Deutschland annehmbar. Als Schwarzenberg nun gleichwohl die zweite Auslegung als die richtige verkündete und offen aussprach, das Verhältnis des Kaiserstaates zu Deutschland müsse „in der Schwebe bleiben“, bis dieser seine eigene Zukunft geordnet habe: dann erst sei die Zeit zu einer „Vereinbarung“ über die Reichsverfassung gekommen; da drängte die Mehrheit des Frankfurter Parlamentes zu entscheidenden Schritten; denn nur zu klar lag auf der Hand, was Beckerath später mit treffendem Worte aussprach: ein solches Warten auf Osterreich war das Sterben der deutschen Einheit. Mit unvorstellbarem Mißbehagen sahen die Mittelparteien die Leitung der auswärtigen Angelegenheiten und den Vorsitz im Ministerium in den Händen

Schmerlings
Austritt aus
dem Reichs-
ministerium.

eines Österreicher, und Schmerling selbst fühlte, daß er eine Bürgschaft für seine Zuverlässigkeit geben müsse. Er lud deshalb Gagern ein den Vorsitz zu übernehmen. Dieser war auch bereit dazu und schien sich mit Schmerling, der im auswärtigen Amte bleiben wollte, verständigen zu können; seine Partei aber verlangte mehr; wie sie den Austritt der Österreicher aus dem Parlament für geboten hielt, so sollte auch Schmerling vollständig ausscheiden. Widerwillig ergab sich dieser in die Notwendigkeit und vertauschte sein Ministerpräsidium mit der Stellung eines österreichischen Bevollmächtigten bei der Reichsgewalt; Gagern trat sein neues Amt am 16. Dezember an und wurde als Vorsitzender des Parlamentes durch Eduard Simson von Königsberg ersetzt. Auf Grund der Auslegung, die er dem Programm von Kremser gab, wünschte der neue Ministerpräsident nunmehr einen gesandtschaftlichen Verkehr mit Österreich anzuknüpfen und auf diesem Wege eine Verständigung über das künftige Bundesverhältnis herbeizuführen. Ehe er noch die dazu erbetene Ermächtigung des Parlamentes erhalten hatte, kehrte Schmerling, der nach Olmütz gereist war, mit einer Note vom 28. Dezember zurück, die dagegen entschiedene Einsprache erhob und für Österreich die Stellung in Deutschland forderte, zu der ihm eine tausendjährige Geschichte das Recht gebe. Die Gegensätze standen sich nun klar und scharf gegenüber; es handelte sich um die wichtigste Frage, die das Parlament überhaupt zu lösen hatte, um die Frage, ob die einheitliche Gestaltung Deutschlands wert sei, daß man um ihretwillen auf Deutsch-Österreich verzichte oder nicht. In dreitägiger Verhandlung vom 11. bis 13. Januar 1849 wurde darüber beraten; an der Spitze der beiden großen Parteien kämpften Gagern und Schmerling, dieser unterstützt von den Republikanern und den ultramontanen Reaktionen, jener als Führer der Centren. Gagern behielt den Sieg mit 261 gegen 224 Stimmen: dem Ministerium ward die erbetene Ermächtigung erteilt. Aber heiß wie der Kampf gewesen war, war der Ausgang doch kaum eine Entscheidung zu nennen; nur soviel stand danach unzweifelhaft fest, daß die preussische Partei die Mehrheit haben könne. Aber auch nur könne. Ob sie dieselbe wirklich behauptete, hing von Umständen ab, die außer ihrer Macht lagen; Selbstvertrauen, Siegesgewißheit hatte sie nicht gewonnen; nur zu klar war es, daß die letzte Entscheidung lediglich in der Hand des preussischen Königs liege und was der wolle, wozu der sich im verhängnisvollen Augenblicke herbeilassen werde, das wußte niemand. Der eine glaubte dies, der andere das, eine geschlossene Parteibildung, eine unwandelbare Mehrheit war dabei unerreichbar. Als in der letzten Januarwoche die Verfassungsberatung dazu drängte aus dem Beschlusse vom 13. die notwendigen Folgerungen zu ziehen, trat das in erschreckender Weise ans Licht; zwar von einem Direktorium an der Spitze, von einem sechs-jährigen Wechsel der Führung zwischen den beiden Großmächten wollten nur kleine Minderheiten etwas wissen; auch wurde mit 258 gegen 211 Stimmen die Wahl eines deutschen Fürsten, das hieß also des Königs

Verhandlungen zwischen
Frankfurt und
Wien.

Debatten über
das Kaiser-
tum.

von Preußen, zum Oberhaupte des Reichs beschlossen; aber nur eine Mehrheit von neun Stimmen erklärte sich für den Kaisertitel und nicht allein die Erblichkeit sondern auch alle Anträge über die Dauer der neuen Würde, ob sie auf Lebenszeit, auf zwölf, sechs oder drei Jahre übertragen werden solle, fielen am 23. Januar durch; die wichtige Entscheidung über das Wesen des künftigen Kaisertums, über die Frage, ob Wahl- oder Erbmonarchie, konnte nicht gelöst werden: sie blieb der zweiten Lesung der Verfassung überlassen.

Annäherung
Preußens an
die Mehrheit
des Parla-
ments.

Daß eine solche zweite Lesung noch in Aussicht stand, war auch in anderer Hinsicht von Bedeutung. Nicht allein die öffentliche Meinung sondern auch die Regierungen erhielten dadurch Gelegenheit, ihre Forderungen geltend zu machen und so den endgültigen Beschluß zu beeinflussen. Vor allem kam es jetzt darauf an, daß Preußen Farbe bekamte und dadurch das Programm der Mehrheit endlich fest gestalten half. Fast über Erwarten schien sich diese Forderung erfüllen zu sollen. In Verbindung mit Bunsen und Camphausen, die beide nach Berlin kamen, gelang es den Ministern dem Könige die Zustimmung zu einem Rundschreiben abzugewinnen, durch welches die deutschen Regierungen am 23. Januar eingeladen wurden ihre Bemerkungen über den Verfassungsentwurf durch das Reichsministerium dem Parlamente zu übermitteln. Damit brach der König die Unterhandlungen Brühls in Müß ab. Das Rundschreiben enthielt die bestimmte Erklärung, daß man in Berlin, wenn Oesterreich die Unterordnung unter die Reichsverfassung für unmöglich halte, weil es sich wirklich zum Einheitsstaate umwandeln wolle, nur einen weiteren Bund zwischen dem geeinten Deutschland und dem Kaiserstaate für ausführbar ansehe, daß aber den übrigen Staaten dann das Recht einen engeren Bund zu gründen nicht bestritten werden könne. Damit war der König auf den wichtigsten Gedanken des Gagernschen Programms eingegangen. Von den kleineren Regierungen war kein Widerspruch zu befürchten. Der Großherzog von Baden hatte schon Anfang Januar sich zu allen nötigen Opfern bereit erklärt; sein Bevollmächtigter vereinigte sich auf die Einladung Gagerns mit Preußen und 28 anderen Regierungen zu der Erklärung vom 24. Februar, in welcher sie zwar eine erdrückende Menge von Abänderungsvorschlägen machten, sich aber im ganzen und großen auf den Boden des Verfassungsentwurfes stellten. Da Weimar und Frankfurt, die unter den dreißig fehlten, schon einzeln sich ebenso erklärt hatten, so standen außer Oesterreich nur die vier Königreiche abseits. Von diesen war ein Entgegenkommen umso weniger zu erwarten, als sie sich auf ihre Landtage stützen konnten. Bayern voran erklärten sie sich gegen den Gedanken eines engeren Bundes und gegen die weitgehenden Befugnisse der Centralgewalt. Oesterreichs Unterstützung war ihnen dabei sicher. Schon am 4. Februar verwarf Schwarzenberg in einer Note an das Reichsministerium ebensowohl die Unterordnung Oesterreichs unter eine Reichsgewalt, die von einem anderen Fürsten gehandhabt werde, als die Ausscheidung eines engeren Bundes,

Die kleineren
Regierungen
und der Ver-
fassungsent-
wurf.

Die König-
reiche.

Oesterreichische
Erklärung.

wie Preußen sie vorgeschlagen; die neue Verfassung müsse eine Grundlage bieten, auf welcher alle deutschen Staaten und alle ihre außerdeutschen Provinzen Raum fänden. Nackter und rücksichtsloser konnte es nicht ausgesprochen werden, daß man in Oelmütz Deutschland lediglich als Anhängsel von Österreich betrachte und daß man ihm keine andere Gestaltung gönne als die, welche das österreichische Interesse fordere. Und doch gab es in Frankfurt noch immer ehrliche Großdeutsche, welche Deutsch=Österreich nicht fahren lassen wollten und dem Parlamente Kraft genug zutrauten um auch Schwarzenberg zur Anerkennung seiner Beschlüsse zu zwingen. Mit ihnen gingen Hand in Hand die österreichischen Abgeordneten, die mit wenigen Ausnahmen ihre Sitze im Parlament festhielten, obgleich es doch sonnenklar war, daß sie dadurch nur die freiheitsfeindliche Politik ihrer Regierung stützten und die Hoffnungen Deutschlands untergraben halfen; mit ihnen Hand in Hand gingen auch die Ultramontanen, die sich darin gefielen dem Kaisertum der Paulskirche höhniisch eine Dauer von nicht sechs Monaten zu prophezeien, während das Kaisertum der Peterskirche, die Krone, die Karl der Große vom Papst empfangen, über ein Jahrtausend gedauert habe. Auch die Republikaner und die Reaktionäre machten selbstverständlich gemeinsame Sache mit den Großdeutschen, wenn es galt die Begründung eines preußischen Kaisertums zu verhindern, und so konnten die Kleindeutschen, die Weidenbuschpartei, wie man die Anhänger des Gagernschen Programms nannte, bei dem letzten Kampfe nur auf eine winzige Mehrheit rechnen. Ziel aber gar der linke Flügel, dem die freiheitlichen Bestimmungen der Reichsverfassung die Hauptsache waren, von ihnen ab, — und das that er gewiß, wenn Preußen denselben die Zustimmung verweigerte, — so verwandelte sich die Mehrheit wieder in eine Minderheit.

Die österreichischen Parteien.

Auflösung des Reichstags von Kremfier.

Verfassung vom 4. März.

Österreichische Vorschläge für die deutsche Verfassung.

Wider Erwarten kam dem Weidenbusch aber der Hauptgegner selbst zu Hilfe. Das siegreiche Vordringen der kaiserlichen Heere in Ungarn, die günstige Aufnahme, welche der Gedanke des österreichischen Einheitsstaates bei Deutschen und Slaven gefunden hatte, der Ärger über viele Beschlüsse des Kremfierer Reichstags, besonders auch in kirchlichen Angelegenheiten, endlich der Wunsch, den Verfassungsentwurf, welchen der Reichstagsausschuß am 2. März vorgelegt hatte, nicht zur Beratung gelangen zu lassen — alles das bewog Schwarzenberg dem Kaiser einen Gewaltstreich zu empfehlen: am 7. März 1849 wurde der Reichstag von Kremfier aufgelöst und eine Verfassung (vom 4. März datiert) für den Gesamtstaat mit Ausschluß der italienischen Provinzen durch kaiserliche Machtvollkommenheit erlassen. Mit diesem ganzen Ländergebiet verlangte Österreich nunmehr in den deutschen Bund einzutreten; das Siebzigmillionenreich, von dem die Wiener Blätter schon seit Wochen gesungen und gesagt, sollte zur Wahrheit werden; eine Note vom 9. März erklärte den Frankfurtern, daß sie die deutsche Einheit nur auf einem Wege suchen dürften, welcher es Österreich ermögliche ohne Aufgeben seiner selbst, d. h. ohne Aufgabe dieser neuen Verfassung, in dem großen Gesamtwaterlande zu verbleiben.

Welkers An-
trag auf Er-
richtung des
preussischen
Erbkaisers-
tums.

Zweite Lesung
der Ver-
fassung.

Die Kaiser-
wahl.

Zu dem Zwecke sollte an die Spitze des deutschen Bundes ein Direktorium treten, in dem Oesterreich den Vorsitz führe; der ganze Bund sollte in Kreise zerfallen, deren einen der Gesamtstaat Oesterreich bilde; als parlamentarische Vertretung war nur ein Staatenhaus zugestanden, dessen Mitglieder von den Regierungen und den Einzellandtagen gemeinsam ernannt werden sollten, und zwar so, daß auf jede Million Einwohner ein Vertreter, auf Oesterreich also 38 und auf Preußen samt allen übrigen Staaten 32 kämen. Diese Vorschläge überstiegen denn doch so sehr alles Maß, daß selbst ein Teil der Großdeutschen unter Welkers Führung sich entrüstet von Oesterreich abwandte. Schon im Januar hatte dieser erklärt, daß er zwar um den preussischen Erbkaiser abzuwenden selbst für das ihm sonst verhaßte Direktorium stimmen, daß er aber trotzdem aus vollem Herzen: Es lebe der preussische Kaiser! rufen werde, wenn Oesterreichs Austritt wirklich sich vollziehe. Jetzt stellte er am 12. März kurz entschlossen den Antrag: die Reichsverfassung unverändert im ganzen anzunehmen, dem Könige von Preußen die erbliche Kaiserwürde zu übertragen, dem Kaiser von Oesterreich aber und seinen deutschen Landen jetzt und zu aller Zeit den Eintritt in das neue Reich offenzuhalten. Fünf Tage vergingen, ehe der Antrag in einer vom Verfassungsausschuß etwas veränderten Gestalt zur Verhandlung kam, vier Sitzungen wurden mit hitzigen Redekämpfen ausgefüllt; als aber am 21. März die Abstimmung begann, fiel zwar zunächst der Antrag zur Tagesordnung überzugehen mit 5 Stimmen Mehrheit durch, aber auch der Antrag Welkers wurde mit 283 gegen 252 Stimmen abgelehnt. Den Ausschlag gab das linke Centrum; es hatte sich erboten für den Antrag zu stimmen, wenn die Weidenbuschpartei verspreche, die Verfassung auch dem Könige von Preußen gegenüber unverändert aufrechtzuerhalten; da dies abgeschlagen wurde, stimmten die beiden Simon und ihre Freunde gegen den Antrag und brachten ihn so zu Fall. Dagegen beschloß am nächsten Tage eine Mehrheit von 36 Stimmen, sofort in die zweite Lesung der Verfassung einzutreten und dabei durchaus keine Debatte und nur solche Anträge, die von 50 Mitgliedern unterzeichnet seien, zuzulassen. In täglichen Sitzungen wurde über die einzelnen Paragraphen abgestimmt; die wichtigsten, die, welche über die Reichsregierung handelten, kamen zuletzt. Hier mußten sich mit Notwendigkeit die Vorgänge vom 21. März wiederholen; ohne die Zustimmung des linken Centrums war keine Mehrheit für den Entwurf zu erlangen; der Preis dieser Zustimmung war bekannt. Freilich auch seine Gefahren. Gerade das, was die beiden Simon wollten, wollte der König von Preußen nicht; man hatte also zwischen beiden zu wählen. Und doch war es wiederum keine Wahl zu nennen. Ohne die Zustimmung des Parlamentes konnte ja auch Friedrich Wilhelm die Verfassung gar nicht annehmen; diese Zustimmung mußte zuerst gesichert werden, nachher mochte man weiter sorgen. So wurden dem linken Centrum denn zwei Forderungen eingeräumt: die geheime Abstimmung bei den Wahlen zum Volkshause und die Umwandlung des

unbedingten kaiserlichen Betos in ein bedingtes, das unwirksam werden sollte, wenn der Reichstag in drei aufeinander folgenden Sitzungsperioden denselben Beschluß gefaßt habe. An diesen Bedingungen versprachen 80 Mitglieder der Weidenbuschpartei am 26. März schriftlich festzuhalten und weiterhin für keine irgend erhebliche Abänderung des Verfassungsentwurfes, von welcher Seite sie auch gefordert werden möge, zu stimmen. Es waren etwa 30 Stimmen, welche dadurch der Kaiserpartei zugeführt wurden und die ihr zum Siege verhalfen. Nachdem am 27. März das Kaisertum und seine Erblichkeit (diese freilich nur mit 267 gegen 263 Stimmen) angenommen war, erfolgte am 28. März 1849 die Wahl. Von 538 Mitgliedern enthielten sich 248, darunter gegen 100 Österreicher, der Abstimmung; die übrigen 290 erkoren Friedrich Wilhelm IV. zum Deutschen Kaiser. Nachmittags 3 $\frac{1}{2}$ Uhr ward unter lautem Jubel des überfüllten Hauses das Ergebnis verkündigt, die Glocken aller Kirchen der Stadt erklangen und stimmten ein in die heißen Dankgebete, die sich so mancher patriotischen Brust entrang, als endlich, endlich das lang-ersehnte Ziel erreicht schien.

Aber freilich auch nur erreicht schien. Denn nun kam der zweite Teil des Kampfes; nur die eine Hälfte des Widerstandes, der zu überwinden war, war überwunden; die andere Hälfte, der Widerstand der Fürsten und besonders der des gewählten Fürsten, dauerte ununterbrochen fort. Mit flehenden und ermutigenden, mit ernst mahnenden und beschwörenden Worten hatten sich der alte Arndt, Bassermann, Beckerath, Bunsen im Laufe der letzten Wochen an den preußischen König gewandt um ihn zur Annahme der Kaiserkrone zu bewegen. Aber alle ihre Beredsamkeit war verloren. In der Annahme des Welkerschen Antrags sah der König, wie er an Beckerath schrieb, eine ungeheure Gefahr; man besiege den Teufel nicht, wenn man sich ihm ergebe. Der Frankfurter Versammlung sprach er unverändert jedes Recht ab eine Krone anzubieten und wies den Gedanken weit zurück solch ein Geschenk anzunehmen; nur wenn der echt und recht vereinte Rat der Kurfürsten und des Volkes ihm die alte, wahre, rechtmäßige, tausendjährige Krone deutscher Nation anbiete, werde er darauf eingehen, und dann allerdings antworten, wie ein Mann antworten müsse, dem die höchste Ehre dieser Welt geboten werde.

Trotz alledem war nun in Frankfurt die Wahl des Königs vollzogen und der Präsident des Parlamentes, Eduard Simson, machte sich an der Spitze von 33 Abgeordneten, unter ihnen Arndt, Dahlmann, Raumer, Soiron, Mittermaier, auf den Weg nach Berlin um dem Erkorbenen die Anzeige zu überbringen. Nach einer Reise, die vielfach einem Triumphzug glich, kamen sie am Abend des 2. April in der preußischen Hauptstadt an. Sie wurden von einer guten Botschaft empfangen: das Ministerium hatte am Vormittag in der Kammer eine allgemein günstig aufgenommene Erklärung abgegeben. Allein diese hoffnungsvolle Deutung sollte bitter enttäuscht werden. Bei dem Empfang am nächsten Tage

Haltung des Königs.

Die Kaiserbotschaft.

Ablehnung
des Königs.

bemühte sich der König nur der schroffen Abweisung, die er in seinen vertraulichen Briefen längst angekündigt hatte, ein „Hoffleid“ anzuziehen. Der Ruf des Parlamentes gebe ihm ein Anrecht, sagte er, das er zu schätzen wisse; aber er würde das ihm erwiesene Vertrauen verletzen, wenn er ohne das freie Einverständnis der gekrönten Häupter die Wahl annehme; an diesen sei es jetzt die Reichsverfassung in gemeinsamer Beratung zu prüfen; auch in der Zwischenzeit jedoch werde Preußens Schwert und Schild Deutschland gegen innere und äußere Feinde schützen, und getrost werde er, der König, den Weg seines Hauses und seines Volkes wandeln, den Weg der deutschen Ehre und Treue. Ohne Hoffleid hieß das, wie er an Bunsen schrieb: Ich kann euch weder Ja noch Nein antworten, denn ihr habt gar nichts zu bieten; das mach ich mit meinesgleichen ab; jedoch zum Abschied die Wahrheit: gegen Demokraten helfen nur Soldaten! All sein Ehrgeiz beschränkte sich jetzt, wie er sagte, auf zwei Punkte: erstens durch die Wahl der Fürsten Erzherzog Johanns Nachfolger als zeitweiliger Statthalter von Deutschland zu werden um Ordnung zu schaffen, und weiterhin als Erzfeldherr Deutschlands die Ordnung zu erhalten. Alle Bemühungen ihn noch umzustimmen und zum Einlenken zu bewegen, was bei dem Wortlaut seiner Rede ohne allzugreifbaren Widerspruch hätte geschehen können, blieben erfolglos. Die Abgeordneten des Parlamentes schieden von Berlin mit einer schriftlichen Erklärung an das preußische Ministerium, daß sie keine andere Krone anzubieten gekommen seien als die auf Grund der zu Recht bestehenden Reichsverfassung beschlossene, und daß die Verwerfung dieser Verfassung gleichbedeutend sei mit der Ablehnung der Krone. Das Parlament selbst beschloß feierlich an der Verfassung festzuhalten und durch einen Ausschuß prüfen zu lassen, welche Maßregeln infolge der preußischen Ablehnung nötig geworden seien. Troz alledem aber gab man die Hoffnung noch nicht auf, Friedrich Wilhelm werde auf Umwegen zur Annahme der Krone sich entschließen. Ein preußisches Rundschreiben vom 3. April forderte nämlich die Regierungen auf binnen acht Tagen ihre Bevollmächtigten in Frankfurt mit Anweisungen betreffs ihrer Stellung zur Reichsverfassung zu versehen; erst dann werde der König seinen endgültigen Entschluß fassen. Mit Ausnahme der Königreiche kamen alle Staaten dieser Aufforderung nach und erklärten sich für die Verfassung und das Erbkaisertum; die Königreiche freilich beharrten bei ihrer Weigerung und Oesterreich ging noch einen Schritt weiter: es erklärte die Aufgabe des Parlamentes für mißlungen und befahl seinen Abgeordneten auszutreten. Ein beträchtlicher Teil gehorchte und verließ Frankfurt. Es wäre nur folgerichtig gewesen, wenn auch dem Erzherzog Johann der Befehl erteilt wäre seiner Würde zu entsagen. Aus eigenem Antriebe hatte dieser gleich nach der Kaiserwahl sich dazu entschlossen, und die preußische Note vom 3. April hatte daraufhin erklärt, der König sei bereit an seine Stelle zu treten. Hätte das Parlament gleich am 29. März die Abdankung angenommen und dem König

Das Parla-
ment.

Preussisches
Rundschreiben
vom 3. April
1849.

Die übrigen
Regierungen.

Erzherzog
Johann.

das Amt übertragen, so würde dieser es schwerlich abgelehnt haben. Statt dessen beschwor das Präsidium des Reichstags den Erzherzog seinen Rücktritt noch zu verschieben, und nachdem dies geschehen war, erhielt er von Schwarzenberg geradezu den widersinnigen und heimtückischen Befehl an seinem Platze auszuharren. Oesterreich fühlte sich stark genug mit diesem Hebel alles bisher Erreichte wieder aus den Angeln zu heben und, wenn es das geträumte Siebzigmillionenreich nicht durchsetzen könne, wenigstens jede andere Neugestaltung zu hindern und einfach die vormärzlichen Zustände wiederherzustellen. Zu diesem kühnen Selbstvertrauen war es durch sein enges Bündnis mit Rußland und durch die Erfolge gelangt, die seine Waffen seit dem Regierungsantritt Franz Josefs in Italien und gegen die Magyaren davongetragen hatten. Selbst die Rückschläge, die es eben jetzt in Ungarn erlitt, vermochten die wiedergewonnene Zuversicht nicht zu erschüttern.

Die Unterwerfung Ungarns.

Die Ungarn hatten den Thronwechsel vom 2. Dezember 1848 mit einer feierlichen Bewahrung beantwortet und erkannten nur Ferdinand als ihren König an. Sie zur Unterwerfung zu zwingen rückten in der ersten Hälfte des Dezember von Norden aus Galizien Graf Schlick, von Westen aus Mähren General Simunich, am rechten Donauufer der Oberbefehlshaber Fürst Windischgrätz und aus Steiermark Graf Nugent in das Land ein. Überall zogen sich die Ungarn zurück. Görgey, der gegen Windischgrätz stand, vereinigte sich mit Perczel, dem Gegner Nugents, setzte aber trotzdem nach einigen widrigen Gefechten seinen Rückzug bis Ofen und Pest fort. Die Hauptstadt war nicht zu halten, und am 1. Januar 1849 machten sich der Reichstag und der Verteidigungsausschuß davon um in Debreczin jenseit der Theiß ihren Sitz aufzuschlagen. Sie dort vor einem Angriff zu schützen, sollte die Aufgabe Perczels sein, der mit seinen Truppen die Theißübergänge bei Szolnok besetzte; Görgey erhielt den Auftrag, die Donau hinauf nach Norden zu ziehen und dadurch zugleich Windischgrätz in der Flanke zu bedrohen und Simunich am Vormarsch zu hindern. Viel zu schwach für diesen doppelten Zweck schlug er sich nördlich in die Gebirge, operierte aber dabei so glücklich, daß die ihm folgenden Oesterreicher die Fühlung mit ihm verloren und er Ende Januar die Karpathenpässe in der Zips besetzen konnte, durch welche Graf Schlick aus Galizien in Ungarn eingefallen war. Dieser hatte anfangs nur den Landsturm unter Pulszky sich gegenüber gefunden, denselben rasch zerstreut und am 11. Dezember das wichtige Kaschau besetzt. Auch einen Angriff, den der Kriegsminister Meszaros am 4. Januar bei Kaschau auf ihn machte, wies er siegreich ab, aber vergebens versuchte er Ende des Monats dessen Nachfolger Klapka, der sich bei Tokay verschanzt hatte, zu vertreiben. Durch Görgeys Marsch in seinen Rücken geriet er nun in eine bedenkliche Lage; einem vereinigten

Der Krieg in Ungarn.

Der Reichstag nach Debreczin.

Görgey und Schlick.

Angriff Görgeys und Klapka war er nicht gewachsen, die Vereinigung zu hindern war es zu spät. Er mußte sich also entschließen auszuweichen und in südwestlicher Richtung die Vereinigung mit Windischgrätz zu suchen. Glücklicherweise gelangt und begierig die Schar wieder auszuwecken, beredete er sofort den Feldmarschall zum Vormarsch gegen Tokay; auf dem Wege dahin stieß er auf die Ungarn unter Führung des Polen Dembinski, der in diesen Tagen den Oberbefehl über die Heere Klapka, Görgeys und Perczel erhalten hatte und ihm gefolgt war. Bei Kapolna, unweit Erlau, kam es am 26. Februar zur Schlacht. In heißem Kampfe behaupteten die Österreicher den Sieg; die Magyaren wurden zum Rückzuge gezwungen und suchten Sicherheit hinter der Theiß. Alle Schuld an diesem Mißerfolge wurde nun auf Dembinski, den Fremdling, geworfen; Klapka und andere Generale weigerten sich ihm ferner zu gehorchen und nötigten Kossuth, der den Polen hauptsächlich begünstigte um ihn als Werkzeug gegen den Ehrgeiz der Generale zu gebrauchen, in seine Absetzung zu willigen.

Dembinski's
Niederlage
bei Kapolna.

Die Lage in
Siebenbürgen.

Zum Glück für die Magyaren nahm in ihrem Rücken, in Siebenbürgen und in Serbien, ihre Sache einen besseren Verlauf. Beim Beginn der Empörung, im September 1848, hatten sich die Deutschen und Rumänen Siebenbürgens von den Rebellen losgesagt und auf die Seite des Kaisers gestellt, zuerst der Oberst Urban, der an der Spitze seines rumänischen Regiments am 7. September der Regierung in Pest den Gehorsam aufkündigte. Es bildete sich ein rumänischer Landsturm, der unter vielen Greuelthaten die magyarisch gesinnten Ortschaften entwaffnete und in einigen Wochen das ganze Land für den Kaiser eroberte; nur in den Gebirgen hielten sich noch die Scharen der Szekler und verteidigten die Sache Ungarns. Nach den Plänen des kaiserlichen Hauptquartiers hätte nun Buchner, der Oberbefehlshaber in Siebenbürgen, den großen Dezemberangriff auf Ungarn von Osten her unterstützen sollen; aber ehe er den Marsch auf Großwardein angetreten hatte, erschien der Pole Bem, der glücklich aus Wien entkommen war, im Lande und gab der ganzen Lage ein anderes Aussehen. Mit den Truppen, die er um sich sammelte, schlug er verschiedene kleinere Heeresabteilungen und zog am Weihnachtstage in Klausenburg ein; von da rückte er im Januar 1849 gegen die Südgrenze vor und bedrohte Hermannstadt. Urban hatte sich in die Bukowina zurückziehen müssen, und Buchner fühlte sich dem Gegner so wenig gewachsen, daß er den russischen General Lüders, der einen Bojarenaufruch in der Walachei niedergeschlagen hatte, um die Besetzung von Hermannstadt und Kronstadt ersuchte. Bereitwillig wurde von Petersburg die Genehmigung dazu erteilt und am 2. Februar überschritten die Russen die Grenze. Nun schlug das Glück eine Weile um. Buchner zog die österreichischen Besatzungen aus den beiden von den Russen bewachten Städten an sich und drängte Bem bis an die Maros zurück. Hier aber schlug der Pole mit Hilfe der Verstärkungen, die er aus Südungarn erhielt, Buchners Angriff ab und

Bem's Siege.

Russische Ein-
mischung.

Wechselnde
Kämpfe.

warf auch Urban, der aus der Bukowina heranzog, wieder dorthin zurück. Freilich erlitt er dann am 3. März eine ernstliche Niederlage bei Mediasch; aber die Langsamkeit seines Gegners, der mehrere Tage mit dem Angriff auf Schäßburg, wohin Bem sich gerettet, zögerte, ließ ihm Zeit zu entkommen. Mit großer Kühnheit warf er sich nun im Rücken des Feindes auf Hermannstadt und trieb die Russen durch den Rotenturmspaß über die Grenze. Völlig entmutigt folgte Buchner seinen Bundesgenossen und flüchtete sich gleichfalls in die Walachei; das ganze Land war in Bem's Gewalt; nur die kleine Festung Karlsburg und einige Banden im Gebirge hielten noch das Banner des Kaisers hoch; auch die russische Besatzung in Kronstadt zog es vor das Land zu räumen.

Rückzug der
Österreicher
und Russen.

Nicht viel besser stand es mit den Kaiserlichen in Serbien; aber hier war die Ursache des Umschwungs mehr politischer als militärischer Art. Serben und Kroaten hatten gegen die Ungarn gekämpft, weil sie ihre Selbständigkeit erstreiten wollten; nun kam die Regierung in Olmütz mit der Gesamtstaatsverfassung vom 4. März, welche die Selbständigkeit der südslawischen Länder ebenso gründlich vernichtete, wie es die Annahmung der Ungarn bezweckt hatte. Bis dahin waren die Serben unter Stratomirowitsch unbeschadet heftigen Parteigezänkens und gelegentlicher Niederlagen doch in ihrer Verteidigung gegen die Magyaren erfolgreich gewesen und hatten ihre Feinde von Pancsova aus immer wieder auf Berscheg und Beckserék zurückgeworfen. Jetzt trat an die Stelle der Begeisterung Lauheit und Haltlosigkeit, und als Mitte März Perczel gegen sie im Felde erschien, erfocht er zunächst auf dem rechten Ufer der Theiß eine Reihe von Siegen, ging dann über den Fluß, jagte die Serben über die Temes und über die Donau und konnte Mitte Mai als Sieger in Pancsova einziehen.

Die Lage in
Serbien.

Perczel's
Siege.

Währenddessen waren nach längerer Pause auch auf dem Hauptschauplatz des Krieges die Feindseligkeiten wieder aufgenommen, aber nicht von Windischgrätz, der auf den Lorbeern von Kapolna zu ruhen schien, sondern von den Ungarn. Von Görgey geführt, überschritten sie, 50000 Mann stark, Ende März bei Tokay und südlich davon bei Poroszlo die Theiß und rückten über Gyöngyös auf Pest. Ihr rechter Flügel stieß zuerst am 2. April bei Hatvan auf Schlick und warf ihn nach Gödöllö zurück; am 4. April maßen sich Klapka und Sellschitsch auf den entgegengesetzten Flügeln bei Tapio Bicske und auch hier blieben die Ungarn Sieger. Um Gödöllö entbrannte sodann am 6. April der Hauptkampf, der nach manchen Schwankungen damit endete, daß Windischgrätz seine Truppen vorwärts Pest vereinigte, welcher Bewegung der Feind mit großer Eile folgte, wie es in dem Siegesbericht hieß, den die Wiener zu sehen bekamen. Nur ein Teil des ungarischen Heeres jedoch blieb gegen Windischgrätz stehen; der andere marschierte, von Klapka geführt, am linken Donauufer aufwärts um Komorn zu entsetzen, das von Simunich hart bedrängt wurde. Auch dieses Unternehmen gelang nach einem Siege an der Gran (bei Nagy-Sarlo) voll-

Windischgrätz
Niederlagen.

Entsatz von
Komorn.

kommen. Mit großer Besorgnis betrachtete man in Olmütz diese Triumphe der Magyaren. So lebhaften Dank man auch Windischgrätz für die Bändigung von Prag und Wien schulden mochte, so konnte man seine Unfähigkeit zur Beendigung des ungarischen Krieges doch nicht länger verkennen. Am 12. April wurde beschlossen, ihn ans Hoflager zu berufen und den General von Welden zu seinem Stellvertreter zu ernennen. Dieser trat seinen Posten damit an, daß er Pest räumte und die ganze Armee bis auf 10 000 Mann, die unter General Henzi, einem Schweizer, in Ofen bleiben sollten, an die Leitha zurückführte. Am 21. April war fast ganz Ungarn in den Händen der Rebellen.

Räumung von Pest.

Absetzung des Hauses Lothringen.

Gehoben von diesen Erfolgen, wagte der Reichstag in Debreczin einen verhängnisvollen Schritt. Kossuth war von dem Schlachtfelde von Gödöllö mit dem Entschluß zurückgekehrt, die Absetzung des Hauses Lothringen beschließen zu lassen. Nur Görgey hatte davor gewarnt, die übrigen Generale waren vollkommen einverstanden; im Reichstage zogen es die Gegner eines so unheilbaren Bruches, da sie einsahen, daß Kossuth und die Mehrheit sich nicht zurückhalten ließen, vor zu schweigen.

Kossuth Präsident der ungarischen Republik.

Am 14. April 1849 versammelte sich das Parlament in der reformierten Kirche in Debreczin; Kossuth bestieg die Kanzel und verkündete in glänzender Rede die Losreißung Ungarns und seiner Nebenkänder von der österreichischen Monarchie. Einige Tage darauf ward ihm als Präsidenten die Leitung der neuen Republik übertragen; unter Szemerés Vorsitz bildete er ein Ministerium, in das neben Görgey als Kriegsminister Bischof Horvath, Bukovich, Csany und Casimir Batthyány eintraten. Da die neue Regierung möglichst schnell von Debreczin nach Ofen-Pest zurückzukehren wünschte, galt die Vertreibung Henzis aus Ofen für die wichtigste Aufgabe der Kriegführung. Auch Görgey, der als Minister den Oberbefehl beibehielt und am liebsten die Österreicher über die deutsche Grenze verfolgt hätte um womöglich Wien zu nehmen, gab den Vorstellungen Kossuths nach. Am 3. Mai begann er die Belagerung und erstürmte die Stadt am 21.

Erstürmung von Ofen.

Damit schien die Befreiung des Landes vollendet, die Unabhängigkeit Ungarns zur Thatsache geworden zu sein. Und doch war gerade in diesem Augenblicke alles Erreichte wieder in Frage gestellt. An demselben 21. Mai stattete Franz Josef dem Zaren Nikolaus in Warschau einen Besuch ab um ihm für das Versprechen der bewaffneten Unterstützung zu danken und den gemeinsamen Feldzugsplan zu bereden. Gleich nach dem Rückzuge Weldens war nämlich ein förmliches Hilfs-gesuch von Wien nach Petersburg abgegangen; die Teilnahme polnischer Flüchtlinge an dem Aufstande der Magyaren diente als leichte Bemäntelung; sie verlieh dem Kriege angeblich den Charakter „einer Vereinigung aller Kräfte der europäischen Umsturzpartei“ und rechtfertigte so die „edle Bereitwilligkeit“, mit welcher Nikolaus seinen Beistand in ausgedehntestem Maße zusicherte. Schon am 1. Mai konnte die Wiener Zeitung die frohe Kunde bringen, und wenn man sich in Ungarn auch

Zusammenkunft in Warschau.

Russische Hilfe.

kurze Zeit in allerlei Hoffnungen wiegte, als ob das Bündnis schnell wieder zerfallen oder ein französisch-ungarisches Gegenbündnis zur Folge haben werde, so war doch dieser Trost bald genug verflogen. Unter diesen Umständen konnte es sich nur noch um einen Verzweiflungskampf handeln. Kossuth, Szemere und die Minister überhaupt waren dazu entschlossen; vor dem einbrechenden Feinde, so lautete ihr Aufruf vom 18. Mai, sollte das Volk sich überall zurückziehen, die Vorräte vernichten, Straßen, Brücken, Brunnen zerstören, die Dörfer verbrennen; einer offenen Feldschlacht wollte man den Russen gegenüber ausweichen und möglichst alle verfügbaren Truppen gegen die Österreicher zusammenziehen; selbst Bem sollte zu diesem Zwecke aus Siebenbürgen nach Komorn rücken. An der Spitze der österreichischen Armee stand Baron Haynau, ein Sohn des 1821 gestorbenen Kurfürsten Wilhelm von Hessen, der sich in Italien durch seine rücksichtslose und grausame Härte einen gefürchteten und gehaßten Namen erworben hatte. Mitte Juni begann Görgey gegen ihn die Feindseligkeiten, indem er von Komorn aus die Waag zu überschreiten suchte; aber obgleich die Hauptkräfte der Österreicher gar nicht hier, sondern auf dem rechten Donauufer sich sammelten, wurden die Ungarn doch mit großem Verluste (besonders bei Pered am 21. Juni) zurückgeschlagen. Nun ging Haynau seinerseits zum Angriff über und erstürmte in Gegenwart seines Kaisers am 28. Juni die Verschanzungen bei Raab, die nur schwach besetzt waren, weil Görgey ein Vorgehen der Österreicher südlich der Donau gar nicht befürchtet, sondern als zweifellos angenommen hatte, daß sie, am nördlichen Donauufer vordringend, Fühlung mit den Russen zu gewinnen suchen würden, die 80 000 Mann stark unter Paszkiewitsch seit dem 14. Juni dieselben Karpathenpässe überschritten, durch die im Dezember Schlick eingefallen war. Widerstand wurde ihnen nicht geleistet. Der Pole Wisozki, der mit 8000 Mann in jenen Gegenden stand, wich vor der Übermacht auf Pest zurück; Ende des Monats waren die Russen schon in Tokay und konnten mit einer Streifschar Debreczin besetzen. Wenn sie nun gegen Pest und Waizen vorrückten, so mußten sie in wenigen Tagen Görgey den Weg nach der Theiß verlegt und ihn zwischen sich und den Österreichern eingeschlossen haben. Kossuth, Klapka, Eszany, alles drängte deshalb in Görgey, seinen Abmarsch zu beschleunigen und sein Heer möglichst ungeschwächt der großen Armee zuzuführen, die an der Theiß und Maros den letzten Entscheidungskampf kämpfen sollte. Aber Görgey ließ sich Zeit, und da er im Heere sehr beliebt war, konnte er selbst dem Befehl Kossuths trotzen, der ihm am 1. Juli das Kommando entzog und es Meszaros übertrug. Erst als er am 3. und 11. Juli noch zweimal sich mit Haynau vor Komorn gemessen hatte, begann er den Abmarsch, indem er Klapka als Befehlshaber in der Festung zurückließ. Jetzt aber waren auch die Russen bis an die Donau vorgeedrungen und bei Waizen überzeugte sich Görgey, daß er mit seinen 27 000 Mann den geraden Weg über Gödöllö an die Theiß nicht erzwingen könne.

Ungarische
Verteidigungs-
maßregeln.

Haynau's
Siege.

Vordringen
der Russen.

Görgey's Zug
nach Urad.

Er warf sich also ähnlich wie ein halb Jahr früher nordwärts und rückte in einem großen Bogen, wenig belästigt, gegen Tokay vor, schlug vor seinem Übergang über die Theiß in den letzten Julitagen mehrere russische Scharen und marschierte dann östlich vom Flusse über Debreczin und Großwardein auf Arad zu, wo er am 9. August ankam.

Der Reichstag
in Szegedin.

Diese Festung, die erst seit dem 1. Juli nach einer viermonatlichen Belagerung in den Händen der Ungarn war, sollte als letzter Stützpunkt des Aufstandes dienen. Anfänglich war Szegedin, am Einfluß der Maros in die Theiß, dazu ausersehen. Dorthin hatte Kossuth die Regierung und den Reichstag verlegt, als nach Haynaus Sieg bei Raab Pest keine Sicherheit mehr bot. Aber schon am 21. Juli, zehn Tage nachdem sie in die Hauptstadt eingezogen waren, rückten die Österreicher gegen Szegedin heran. Kossuth rief von Truppen herbei, was er nur erreichen konnte. Von Görgey konnte nicht die Rede sein, der stand in diesen Tagen noch jenseit Tokay; aber an der mittleren Theiß befehligte Perczel 20 000 Mann, mit denen er soeben bei Tura unglücklich gegen Paszkewitsch gekämpft, und in Serbien hatte der General Better fast ebensoviele Truppen, die ihre nächste Aufgabe, den Banus Jellatschitsch zurückzuschlagen, am 14. Juli bei Heghes, südwestlich von Szegedin, glänzend gelöst hatten. Beide Heere waren Ende Juli vor Szegedin zusammengezogen und Dembinskis Oberbefehl unterstellt. Statt aber Szegedin zu verteidigen oder gar Haynau entgegenzurücken räumte der General die Stadt und zog sich längs der Maros auf Arad zurück. Die Österreicher waren schnell hinterdrein. Am 3. August setzten Haynau bei Szegedin, Schlick nördlich, Ramberg südlich davon über die Theiß und zwangen Dembinski am 5. August bei Szöreg zu einer Schlacht, durch welche sich dieser von Arad weg auf Temesvar drängen ließ, das noch in den Händen der Österreicher war! Sofort entsetzte ihn Kossuth des Befehls und übertrug die Führung an Bem, der eben als Flüchtling ohne Heer aus Siebenbürgen anlangte. Auch ihm hatten die letzten Wochen alle Erfolge, die er im März erfochten, wieder entrisfen. Mitte Juni waren zwei russische Heere, Lüders mit 30 000 Mann aus der Walachei, Grotenhjelm mit 10 000 aus der Bukowina in das Land eingerückt. Verzweifelt schlug sich Bem mit dieser Übermacht herum; wie sehr er die Gegner auch durch kühne Züge überraschte, er blieb doch überall im Nachteil und sah sein Heer in beständigen Gefechten zusammenschmelzen. Bei Groß-Scheuren stieß am 5. August sein letztes Häuflein auseinander, und der General eilte allein nach Arad und von da nach Temesvar, übernahm hier an Dembinskis Stelle den Oberbefehl und verlor ihn schon am 9. August in einer zweistündigen Schlacht vor dieser Festung; die geringen Trümmer seines Heeres konnte er nicht einmal nach Arad zu Görgeys heranziehender Macht führen, sondern mußte sie in den siebenbürgischen Grenzgebirgen sammeln und, da inzwischen doch alles verloren war, so gut wie möglich nach der Türkei hinüber retten. Wenn es noch Hilfe gab, so konnte sie nur von Görgey kommen.

Niederlagen
der Ungarn.

Der Verlust
Siebenbürgens.

Bems Niederlage vor Temesvar.

Dieser Einsicht verschloß sich auch Kossuth nicht; am 11. August legte er die Diktatur in des Generals Hände nieder und entfloh mit den Reichskleinodien über die türkische Grenze. Daß Görgey den Kampf noch fortsetzen werde, erwartete doch eigentlich niemand; schon seit Ende Juli stand er mit Kossuths Wissen und unter Mitwirkung des Ministeriums in Verhandlungen mit Paszkiewitsch. Damals konnte angesichts der Heere Dembinskis und Görgeys immer noch von Bedingungen der Unterwerfung die Rede sein; nach den Niederlagen von Szöreg und Temesvar war das vorbei. Es konnte sich nur noch um die Frage handeln, ob man sich den Russen oder den Österreichern ergeben sollte. Die Klugheit hätte geboten die letzteren nicht durch eine Kapitulation mit Paszkiewitsch noch mehr zu reizen; aber der Haß war stärker als die Berechnung; Görgey rückte mit seinem Heere, das noch 23 000 Mann und 129 Geschütze zählte, von Arad den Russen bis Bilagos (etwa vier Meilen nordöstlich) entgegen und ergab sich hier am 13. August bedingungslos. Das schwerere Stück Arbeit in dem Kampfe hatten doch unzweifelhaft die Österreicher gethan, nun fiel der größte Triumph ihren Bundesgenossen in den Schoß. Und diese waren keineswegs beflissen ihn mit Bescheidenheit zu genießen. Mit höhnischem Übermut meldete Paszkiewitsch seinem Herrn den Ausgang des Ringens: Ungarn liegt zu den Füßen Ew. Majestät; wie ein Geschenk erhielt Franz Josef sein rebellisches Land aus den Händen des Zaren zurück. Die Erbitterung, welche darüber am Wiener Hofe herrschte, zeitigte bald den Gedanken, daß Österreich die Welt durch die Größe seines Undanks in Erstaunen setzen müsse; sie suchte aber sofort ihre Entladung in dem härtesten Strafgericht über das unterworfen Land. Görgey mußte man schonen, weil Paszkiewitsch für ihn eintrat; er wurde nach Klagenfurt in Kärnten gebracht und lebte dort lange Jahre, in den Augen der Ungarn ein schwarzer Verräter; Kossuth, Bem, Perczel, Dembinski, Meszaros und viele andere Häupter des Aufstandes waren glücklich ins Ausland entkommen; Klapka erzwang sich durch tapfere Ausdauer in Komorn, das er erst am 27. September übergab, günstige Bedingungen; aber wessen man habhaft werden konnte, den traf das Todesurteil, das die Blutgerichte von Arad und Pest sprachen, unter ihnen als meist bedauertes Opfer den vormaligen Ministerpräsidenten Batthyány; ungezählt waren die Einkerkerungen und Verbannungen, noch zahlreicher die Unglücklichen, die widerwillig in das kaiserliche Heer eingesteckt wurden. Fast mochte man in den herrschenden Kreisen den ganzen Aufstand trotz der Ströme von Blut und der Millionen von Gulden, die er gekostet, jetzt hinterdrein als ein Glück betrachten. Denn ungehemmt und rücksichtslos konnte sich die Rache über dem armen Lande entladen; mit einem Stoße vermochte man alle diese lästigen Vorrechte und parlamentarischen Einrichtungen über den Haufen zu werfen, die selbst in den Zeiten des Absolutismus hatten geehrt und beachtet werden müssen: Ungarn hatte sein Recht verwirkt und war der Gewalt des Kaisers auf Gnade und Ungnade unterworfen. Wenn irgend etwas

Abkantung
Kossuths.

Görgeys Sage.

Kapitulation
von Bilagos.Bestrafung
der Rebellion.

das Selbstvertrauen der Rückschrittmänner erhöhte, so war es dies; und wenn sie irgendwo ihren Gelüsten frei die Zügel schießen ließen, so war es hier. Die Magyaren aber beugten sich in dumpfem Groll und voll bitterer Vergeltungsgedanken dem übermächtigen Joche; sie wichen der Gewalt, aber sie bewahrten ihren Stolz und ihre Hoffnungen, und der siegreiche Kaiserstaat, mochte er der Welt und sich selbst es auch verbergen, trug in diesem Ungarn ein Geschwür mit sich herum, das an seinem Marke zehrte und eines Tages tödlich werden konnte.

Die Bewältigung Italiens.

Bermittlung
der West-
mächte.

Denselben Ausgang wie in Ungarn hatten die Dinge in Italien genommen. Wie schwer die Niederlagen Sardinien im Sommer 1848 auch gewesen waren, Österreichs Sache stand damals doch immer noch bedenklich. Auch nach dem Waffenstillstande von Vigevano konnte Karl Albert noch hoffen den Besitz der Lombardei für Sardinien zu retten und für Venetien wenigstens eine gesonderte Verfassung und Verwaltung durchzusetzen, beides Bedingungen, welche die Westmächte zur Grundlage ihrer Friedensvermittlung machten. Allerdings sträubte man sich in Wien gewaltig dagegen, aber vor einer drohenden Note aus Paris gab man doch Anfang September soweit nach, daß man, ohne die Grundlagen anzuerkennen, die Vermittlung selbst über sich ergehen ließ. Auch gegen den Vorschlag, den Karl Albert am 11. September machte, die vier Mächte sollten um eine Verständigung zu erzielen zu einem Kongreß zusammentreten, wandten die österreichischen Staatsmänner nichts ein; aber indem sie die Frage nach dem Orte des Kongresses und nach der Beteiligung anderer Mächte (Preußens, Deutschlands, Rußlands, der italienischen Staaten) aufwarfen, wußten sie die Sache geschickt in die Länge zu ziehen. Ungeduldig drängte Piemont, das weder entwaffnen noch die schweren Ausgaben für sein Heer ertragen konnte, auf eine Entscheidung und drohte den schon einmal verlängerten Waffenstillstand aufzukündigen; die Oktobertage in Wien und Pest lockten gewaltig zur Erneuerung des Krieges und ungebärdig verlangte die öffentliche Meinung, des Wartens und Verhandeln müde, einen kraftvollen Entschluß. Glühenden Unwillen erregte die strenge Herrschaft Radetzky's in der Lombardei: mehr als 30 Millionen Mark hatte er bis zum Januar an außerordentlichen Steuern, fast die Hälfte dieser Summe schon im November an Strafgeldern von solchen Personen erpreßt, die bei der Erhebung beteiligt gewesen waren. Daß Freiheit und Sicherheit der Bevölkerung unter der Herrschaft des Kriegsgesetzes arg gefährdet war, daß die härtesten Bestrafungen auf geringfügigen Vergehen standen und in Ermangelung des wirklich Schuldigen häufig Unschuldige trafen, lag in den Verhältnissen unabänderlich begründet. Aber nicht minder fühlten sich die Italiener durch scheinbar veröhnliche Maßregeln gereizt, so durch den Erlaß des Kaisers vom 9. Oktober, in welchem die Berufung einer

Bedrückung der
Lombardei.

lombardisch-venetianischen Abgeordnetenversammlung alsbald nach Wiederherstellung der Ruhe angekündigt wurde; denn gerade dadurch wurde ja der feste Entschluß Oesterreichs seine Beute nicht wieder fahren zu lassen unzweideutig kundgegeben. Dazu kamen noch die Versuche auch Venedig während des Waffenstillstandes zu unterwerfen, die man freilich sofort wieder aufgeben mußte; denn als die Flotte Mitte September von Triest auslief um die Lagunenstadt zu blokieren, kehrte nicht allein das piemontesische Geschwader, das soeben vertragsmäßig abgezogen war, dorthin zurück, sondern es stellten sich auch französische Schiffe ein und nachdrücklich erklärte die Regierung Cavaignacs, daß sie Venedig auch auf die Gefahr eines Krieges hin schützen werde. Dem zu trogen war Oesterreich außerstande, da es auch sonst triftige Gründe hatte es mit Frankreich nicht zu verderben. War es doch ein öffentliches Geheimnis, daß man in Paris die Vergrößerung Sardinien's durchaus nicht wünschte, daß die letzten Absichten vielmehr auf die Begründung eines lombardo-venetianischen Staates gingen, den man gern durch Personalunion auch ferner an Oesterreich knüpfen wollte; man dürfe, so lautete das Schlagwort, Venedig nicht um der Lombardei willen opfern. Mit allem Nachdruck verhinderte daher Bastide, der Minister des Aeußeren, die Kündigung des Waffenstillstandes durch Karl Albert und ermutigte Manin, der seit dem 11. August wieder die Regierung Venedigs in der Hand hatte, zur Ausdauer. Für die Beschleunigung der Friedensverhandlungen und des Kongresses beeiferte er sich aber wenig und wollte besonders Oesterreichs Notlage im Oktober nicht zum Drängen benutzen. Obgleich unzufrieden darüber, gab Lord Palmerston doch nach und brachte erst nach dem Falle Wiens die Sache wieder in Fluß, indem er Brüssel zum Versammlungsort vorschlug. Da zeigte sich denn sofort, wieviel durch diese Zauderpolitik für Italien verloren war. Schwarzenberg wollte nichts von Verhandlungen wissen, und statt des bisherigen Zögerns und Ausweichens wurde ein unverhohlenes Verweigern und Bestreiten die Tonart der österreichischen Diplomatie. Vergeblich suchte Palmerston den Faden, der seinen Händen zu entschlüpfen drohte, festzuhalten; Schwarzenbergs Entschluß war gefaßt; um allen weiteren Vermittlungsversuchen ein Ende zu machen entsandte er Anfang Februar 1849 den Grafen Colloredo nach London und verbat sich in unzweideutiger Weise jede fernere Einmischung Englands.

Auch in Sardinien war man der Vermittlungsversuche satt. Das Verlegenheitsministerium, welches beim Abschluß des Waffenstillstandes an die Stelle des Ministeriums Casati getreten war und aus den konservativsten Elementen, Revel, Alfieri, Perrone, Pinelli, bestanden hatte, fühlte trotz der Mehrheit, über die es anfangs in der Kammer gebot und die mit ihm einen übereilten Ausbruch des Krieges vermeiden wollte, sein Ansehen doch immer mehr schwinden und trat im Dezember aus einem unbedeutenden Anlaß zurück; Gioberti erhielt wieder die Leitung des Staates. Allerdings ging nun auch dessen Plan nicht dahin mit

Lage Venedigs.

Französische Pläne.

Abbruch der Vermittlungsversuche.

Sardinien.

Ministerium Gioberti.

Modena und
Parma.

Herrschaft der
Radikalen.

Österreich sofort wieder anzubinden, aber er dachte in Mittelitalien als Verteidiger der bedrohten konstitutionellen Freiheit aufzutreten und dadurch Verwicklungen herbeizuführen. Hier hatten sich in der Zwischenzeit sehr wichtige Ereignisse zugetragen. Während Modena und Parma von den Österreichern sofort im August den vertriebenen Herzögen zurückgestellt waren, hatten die kaiserlichen Truppen an der toskanischen Grenze Halt machen müssen, weil England und besonders Frankreich die volle Unabhängigkeit dieses Landes forderten. Infolgedessen hatten die Radikalen Toskana zum Tummelplatze erkoren und vor allem in Livorno, von dem Advokaten Guerazzi und dem Vater Savazzi gelenkt, unbekümmert um den Großherzog, das Ministerium und die gemäßigte Kammer, ihr zügelloses Spiel getrieben. Um nur einige Fühlung mit der unruhigen Stadt zu erhalten schickte der Minister Capponi den Professor Montanelli als Statthalter in die unzufriedene Hafenstadt, einen Mann, der für das Ideal einer christlichen Demokratie schwärmte und Italiens Neugestaltung, die von den Fürsten nicht mehr zu erhoffen sei, durch ein souveränes italienisches Parlament herbeiführen wollte. Die Nachrichten von der Oktoberrevolution in Wien kamen ihm und Guerazzi trefflich zu statten; Capponi, obendrein halb erblindet, fühlte sich der zunehmenden Gärung nicht mehr gewachsen und räumte das Feld. Was blieb dem Großherzog übrig als nun vollständig nachzugeben und Montanelli samt Guerazzi an die Spitze der Regierung zu berufen? Von diesem Augenblicke an war er selbst eine völlig überflüssige Person; nur scheinbar bestand die Monarchie noch fort, in Wirklichkeit herrschten die radikalen Klubs, und zwar mit solcher Tyrannei und so zersekender Wirkung, daß die volle Auflösung über das Land hereinbrach und ein Eingreifen von außen dringend nötig wurde.

Rom.

Einmarsch der
Österreicher.

Aufstand in
Bologna.

Auch in Rom gelangte etwa vierzehn Tage später der Radikalismus ans Ruder. Das Ansehen des Papstes war seit dem Mai immer tiefer gesunken; man hielt ihn für einen heimlichen Verbündeten der Österreicher und wurde darin bestärkt durch den zweimaligen Einmarsch kaiserlicher Truppen in den Kirchenstaat. Das erste Mal, am 14. Juli, handelte es sich nur um die eintägige Besetzung der Stadt Ferrara, in deren Citadelle ja vertragsmäßig österreichische Truppen standen; diese schienen in ihrer Sicherheit gefährdet und durch die Einstellung der Lebensmittellieferungen, auf die sie Anspruch hatten, bedroht; das plötzliche Erscheinen einer stärkeren Heeresabteilung unter dem Fürsten Liechtenstein schüchterte indes die Patrioten so sehr ein, daß kein längeres Verweilen desselben nötig war und er schon am 15. Juli den Rückmarsch antrat. Ernstlichere Absichten hatte Baron von Welden, der am 2. August in die Romagna eindrang und sich in Bologna festsetzte. Am 8. brach jedoch ein Aufstand aus, bei dem drei österreichische Offiziere ermordet wurden; eine vierstündige Beschießung der Stadt blieb erfolglos; von allen Seiten strömte das Landvolk herbei und vereinigte sich mit den Bürgern zum Angriff; zu schwach um Stand zuhalten und wohl auch durch

Englands und Frankreichs drohenden Einspruch bewogen, zog sich Welken am 15. August wieder über die Grenze zurück. Die Nachwirkung dieser Vorfälle gab sich aber in einer rechtlosen Pöbelherrschaft kund, die zu unterdrücken der päpstlichen Regierung sehr schwer wurde. Die leitende Kraft des Ministeriums war seit dem 1. August, wo Graf Mamiani sich zurückgezogen hatte, der ehemalige französische Gesandte in Rom, Graf Rossi, ein Mann, der trotz seiner Beteiligung am Aufstande von 1831 den Radikalen als vormaliger Diener Ludwig Philipps und Freund Guizots äußerst verdächtig war. Daß er die Kammer, welche zur Kriegserklärung gegen Oesterreich drängte, bis zum 15. November vertagte, machte ihn nur noch anrühiger und ein teilweiser Wechsel des Ministeriums, der ihn am 16. September an die Spitze desselben brachte, stellte ihn vollends auf den ausgezehresten Posten. Unter den römischen Radikalen waren die lautesten und ehrgeizigsten Karl Lucian Bonaparte, Fürst von Canino, und Sterbini, der Herausgeber der einflußreichsten Zeitung. In der Kammer hatten sie keine hervorragende Stellung zu erringen vermocht, um so unbestrittener war ihre Herrschaft in den Klubs; daß sie sich untereinander haßten und anfeindeten, that dem keinen Eintrag. Ihr Ziel war die Begründung eines ähnlichen Parteiregimentes, wie es in Toskana und zeitweilig auch in Genua und Bologna herrschte. Niemand stand ihnen dabei mehr im Wege als Rossi; sein ebenso entschlossener Amtsgenosse Zucchi, den die Revolution aus dem Gefängnis befreit hatte, in dem er seit 1831 schmachtete, war in der Romagna um dort die Ruhe aufrecht zu erhalten und insbesondere Garibaldis Entfernung nach Venedig zu bewirken; er war den Römern also zunächst nicht beschwerlich. Rossi aber mußte beseitigt werden, und dazu war den Radikalen jedes Mittel recht, auch der Dolch. Als der Minister am 15. November 1848 die Kammer mit einer verheißungsvollen Rede eröffnen wollte, ward er beim Eintritt inmitten einer Pöbelmenge meuchlerisch niedergestochen. Sofort begannen nun die Wähler ihr Geschäft und niemand leistete ihnen Widerstand; das Ministerium war so gut wie aufgelöst, die Kammer verwarf unter dem einschüchternden Lärm der Tribünen den schon gefaßten Beschluß dem Papste ihre Ergebenheit zu erklären. Dieser erfuhr am 16. im Quirinal eine förmliche Belagerung; etwa 100 Mann hatte er zu seiner Verteidigung, zu Tausenden aber drängte das Volk gegen die geschlossenen Thore. Die Blitze des Himmels, die er verzweifelt herbeirief, blieben aus, und wenn bisher noch wenig Blut geflossen war, so konnte das Gemetzel doch jeden Augenblick beginnen. Da entschloß sich denn Pius nach Einbruch der Nacht zu weichen; aber ehe er es that, erklärte er feierlich den fremden Gesandten, daß alle Zugeständnisse, die er machen werde, unverbindlich, null und nichtig seien; dann genehmigte er die Bildung eines radikalen Ministeriums, in dem Galletti, Sterbini und Mamiani die bekanntesten Namen waren. Entschlossen sich der Gefahr, in der er schwebte, sobald wie möglich zu entziehen, ließ er durch den französischen Gesandten ein Hilfesuch an

Ministerium
Rossi.

Die Radikalen.

Ermordung
Rossi.Belagerung
des Quirinals.Flucht des
Papstes.

Cavaignac richten; dieser entsandte sofort den Herrn von Courcelles mit großen Vollmachten und gab Befehl 3500 Mann nach Cività vecchia einzuschiffen; allein Pius wartete ihre Ankunft nicht ab: da er im September schon einmal ohne Erfolg ein Bittschreiben an Cavaignac gesandt hatte, war sein Vertrauen auf französische Hilfe völlig geschwunden. Im Geleite des bayrischen Gesandten Grafen Spaur, der zum Schein eine Geschäftsreise nach Neapel antrat, entfloh er am 24. November, als dessen Hausgeistlicher verkleidet, nach der neapolitanischen Festung Gaeta; Spaur eilte weiter nach Neapel und kehrte von dort mit dem Königspaar zurück, das den Flüchtling demüthig begrüßte und ihm mit Freuden die Festung als Zufluchtsort anbot.

Neapel.

Damit war Pius unwiderruflich in das Lager der Reaktion übergetreten, als deren erfolgreichster Vorkämpfer unter den italienischen Fürsten Ferdinand von Neapel gelten durfte. In seinem festländischen Königreiche konnte er seit dem 15. Mai wieder mit voller Sicherheit auftreten; in Kalabrien kam es zwar mit sizilianischer Hilfe noch zu einem Aufstande, aber er wurde schnell erstickt; die neuen Kammern, die am 1. Juli zusammentraten, legten wohl ihr Fürwort für den Krieg gegen Oesterreich ein und waren einer Verständigung mit Sizilien geneigt, aber der König kümmerte sich einfach nicht um sie, die Minister begnügten ihnen mit Spott und Verachtung; als die Wiedereroberung Siziliens genügend vorbereitet und die Armee glücklich auf der Insel gelandet war, mußten die Kammern am 5. September auf ein Vierteljahr nach Hause gehen um durch ihr Dreinreden der Regierung nicht lästig zu fallen. Auch in Sizilien ließ sich alles für Ferdinand günstig an. Die konstituierende Versammlung, welche seit dem 25. März in Palermo tagte und am 13. April die Absezung der Bourbonen beschlossen hatte, war erst, nachdem sie die Verfassung von 1812 umgearbeitet hatte, zur Königswahl geschritten und hatte in der Nacht zum 11. Juli 1848 den zweiten Sohn des Königs von Sardinien, den Herzog von Genua, erkoren. Allein die Schlacht bei Custoza bewog den König und den Prinzen am 27. August die angebotene Krone abzulehnen. Ferdinand hatte währenddessen eifrig gerüstet, entschlossen den neuen König, wenn er annehme, nachdrücklich zu bekämpfen und in jedem Falle die Wiedereroberung der Insel zu versuchen. Am 3. September setzte General Filangieri, Fürst von Satriano, ein alter Soldat Napoleons und Murats, der, seit Jahrzehnten aus Mißtrauen beiseitegeschoben, jetzt als bewährter Militär herangezogen war, nach Messina über und eröffnete ein fünftägiges Bombardement gegen die unglückliche Stadt, das auch dann nicht aufhörte, als die sizilianischen Fahnen eingezogen und die Kanonen der Verteidiger verstummt waren. Es war ein Trümmerhaufe, in den der General des Bombenkönigs (Re Bomba), wie Ferdinand fortan von seinen Feinden benannt wurde, am 7. September 1848 einzog; drei Tage lang fraßen die Flammen noch in den verödeten Straßen; der angerichtete Schaden wurde auf mehr als 20 Millionen

Sizilien.

Wahl des
Herzogs von
Genua zum
König.Bombarde-
ment von
Messina.

Markt geschätzt. Was Filangieri durch dieses barbarische Auftreten erreichen wollte, war die Einschüchterung der Sizilianer; was er wirklich erreichte, war das Einschreiten der französischen und englischen Flotte. Gegenüber dieser unerhörten „Verletzung der heiligen Gesetze der Menschlichkeit“ erklärte zuerst der Admiral Baudin die Neutralität nicht mehr bewahren zu können, sondern die Einstellung der Feindseligkeiten erzwingen zu müssen; der Engländer Parker war damit einverstanden und der Entschluß der Admirale wurde nachträglich auch von den heimischen Regierungen gutgeheißen. Die Neapolitaner mußten ihr Vorrücken einstellen; der nordwestliche Teil der Insel blieb in ihrer Gewalt und das zunächst daranstoßende Gebiet wurde für neutral erklärt; die so geschaffene Waffenruhe gedachten die Westmächte zu benutzen um durch die Erhebung eines der Söhne Ferdinands auf den sizilianischen Thron einen Ausgleich anzubahnen. Da mit dieser Lösung aber keinem der beiden Teile gedient war, so verstrichen Monate in ergebnislosen Verhandlungen, bis gegen Ende März 1849 die Feindseligkeiten wieder begonnen wurden.

Einmischung
der West-
mächte.

Waffenruhe.

So waren also um die Jahreswende die Zustände Italiens fast überall unfertig und verworren. Um eine friedliche Lösung herbeizuführen schienen sich drei Wege zu bieten; entweder ein Schiedsspruch Europas, wie er von dem in Brüssel beabsichtigten Kongresse gefällt werden konnte; oder eine Verständigung der italienischen Fürsten, oder das Machtwort eines konstituierenden italienischen Parlamentes. Der Kongreß zerbrach sich, wie oben erzählt wurde; die beiden anderen Wege wurden von dem sardinischen Ministerium, das Gioberti am 16. Dezember 1848 bildete, gleichzeitig verfolgt. Es suchte einerseits mit dem Papste Fühlung zu gewinnen und ihn zur Ausöhnung mit den Römern zu bewegen, wünschte auch den Großherzog von Toskana von der Herrschaft der Radikalen zu befreien und sich Ferdinand von Neapel zu nähern; es ging aber andererseits auch auf den Gedanken Montanellis ein und erklärte sich für ein Nationalparlament. Sehr bald stellte sich jedoch heraus, daß dieses Einverständnis nur ein Trugbild sei. Gioberti wollte und konnte einem solchen Parlamente keineswegs das Recht einräumen, die Fürsten zu beseitigen und die Republik zu beschließen; gerade das aber wollte man in Rom und Florenz und wünschte dabei nicht einmal den Beitritt Sardiniens und Neapels, weil man sicher war von dort eine Mehrzahl monarchisch gesinnter Abgeordneter zu erhalten; man wollte viel lieber eine Konstituante bloß für Mittelitalien berufen. Einzig die Furcht vor einem österreichischen oder auch (im Kirchenstaate wenigstens) spanischen und neapolitanischen Angriff bewog die Machthaber an Tiber und Arno mit Gioberti nicht völlig zu brechen. Eifrig bemühte sich dieser einen Ausweg zu finden um den Papst wieder nach Rom zurückzuführen; er hoffte eine Zeitlang, die römische Konstituante, die Anfang Februar 1849 zusammentrat, werde den Geflohenen feierlich zurückrufen; aber davon war in dieser radikalen Körperschaft nicht die Rede und der Papst würde einem solchen Rufe nicht haben folgen können, da er die Versammlung

Gioberti's
Pläne.

Die römische
Konstituante.

schon vor ihrer Wahl mit seinem Fluche belegt hatte. Als sie nun wirklich eröffnet wurde, riet ihm das Kardinalskollegium am 7. Februar 1849 sich an Oesterreich, Frankreich, Spanien und Neapel mit der Bitte um bewaffnete Einmischung zu wenden; fast gleichzeitig aber, am 9. Februar, erklärte die Konstituante die weltliche Herrschaft des Papstes für erloschen und die glorreiche römische Republik für wiederhergestellt. So war Gioberti von beiden Seiten zurückgestoßen und damit schon in seiner Stellung schwer erschüttert. Zu allem Überfluß ging es ihm in Florenz ebenso. Dem Großherzog war seine Lage Ende Januar so unerträglich geworden, daß er nach Siena entwich, wo seine Familie schon länger weilte. Aber auch hier ließ ihm das radikale Ministerium keine Ruhe; Montanelli eilte ihm nach um seine Unterschrift für die Berufung der mittelitalienischen Konstituante zu erzwingen. Entschlossen diese zu verweigern floh Leopold am 7. Februar in die Hafenstadt Santo Stefano und rief von hier Giobertis Hilfe gegen den florentinischen Böbel an, der auf die Nachricht von seiner Flucht ein republikanisches Triumvirat, Guerazzi, Montanelli und den Arzt Mazzoni, eingesetzt hatte. Voller Freude eilte der piemontesische Minister diesem Wunsche nachzukommen und vereinbarte seinen Einmarsch mit dem toskanischen General Laugier, der mit ein paar tausend Mann bei Massa stand und Leopold die Treue bewahrte. Aber ehe das Unternehmen begonnen werden konnte, liefen Laugiers Truppen auseinander; Leopold nahm, durch österreichische und päpstliche Drohungen eingeschüchtert, sein Hilfesuch am 18. Februar zurück und verließ sein Großherzogtum. Damit war Giobertis Stellung erschüttert; er selbst wollte zwar die betretene Bahn weiter verfolgen und trotz allem in Toscana einrücken, aber der König und die meisten Minister ließen ihn im Stich: am 21. Februar erhielt er seine Entlassung.

Römische Republik.

Flucht des Großherzogs von Toscana.

Republik in Toscana.

Giobertis Rücktritt.

Kriegslust in Sardinien.

Kündigung des Waffenstillstandes.

Bei seiner kriegerischen Politik aber beharrte Sardinien trotzdem, nur richtete sie sich jetzt unmittelbar gegen Oesterreich. Karl Albert hatte das Verfahren Giobertis immer als einen Umweg betrachtet und hätte am liebsten sofort den Waffenstillstand aufgekündigt. Die Kammer, die seit dem 1. Februar 1849 an die Stelle der früheren gemäßigt-liberalen und deshalb von Gioberti am 30. Dezember aufgelösten getreten war, teilte ganz diese Gesinnung und begrüßte die Eröffnungsrede, in welcher der Monarch sich als den erwählten König von Oberitalien bezeichnete, mit einer zustimmenden Adresse. England und Frankreich ließen es freilich nicht an Abmahnungen fehlen, aber wie die Dinge lagen, mußte Karl Albert um jeden Preis noch einmal das Glück der Waffen versuchen. Für den 20. März mittags 12 Uhr kündigte er den Waffenstillstand auf. Den Oberbefehl über das sardinische Heer, das mit etwa 85000 Mann ins Feld zog, führte der Pole Chrzanowski. Die Hauptmasse desselben, die in zwei Schlachtlinien hintereinander von Mortara bis Novara aufgestellt war, sollte bei Buffalora den Tessin überschreiten und gegen Mailand vorrücken. Auf ernstlichen Widerstand fürchtete man dabei

nicht zu stoßen, denn allgemein verbreitet und von Radeky sorgfältig genährt war der Glaube, daß die Österreicher, die kaum 70 000 Mann zählten, sich wieder bis an den Mincio zurückziehen würden. In der That hinderte auch niemand die Piemontesen am Mittag des 20. die Buffalorabrücke zu überschreiten; aber fast ebensowenig Widerstand fanden die Österreicher, als sie um dieselbe Stunde einige Meilen südlich davon nahe bei Pavia über den Fluß und somit in die rechte Flanke des Feindes vordrangen. Daß dies geschehen konnte, war nicht Chrzanowski's Schuld. Er hatte den General Ramorino, der am rechten Poufer südlich von der Tessinmündung stand, schon am 18. März beauftragt auf das linke Ufer überzutreten und Pavia zu beobachten; dieser Befehl war vernachlässigt und Ramorino büßte dafür durch kriegsgerichtlichen Spruch. Aber der Schaden ließ sich nicht wieder gut machen. Er beschränkte sich nicht darauf, daß Ramorino's Truppen jetzt für das Hauptheer verloren waren; schlimmer war es, daß die Österreicher nun die Flanke der Piemontesen bedrohten. Natürlich wurden die Truppen, die schon über den Fluß hinüber waren, schleunigst zurückgezogen und Befehl erteilt sich auf der Linie Mortara-Vigevano zu konzentrieren. Zunächst aber standen bei den genannten Orten nur die Korps, welche die rechten Flügel der beiden sardinischen Heeresabteilungen bildeten, und gegen beide, die Division Bes in Vigevano und die Division Durando in Mortara, rückten am 21. die Österreicher von Süden heran. Bes verteidigte seine Stellung den ganzen Tag über erfolgreich gegen Bratislaw; Durando hingegen, der erst beim Dunkelwerden angegriffen wurde, mußte vor dem doppelt starken d'Aspre erst in die Stadt und dann aus der Stadt zurückweichen, wobei gegen 2000 Piemontesen abgeschnitten wurden. Der nächtliche Kampf in den engen Straßen hatte die Geschlagenen arg entmutigt und Chrzanowski, der mit 30 000 Mann anderthalb Meilen davon stand, durch seine Unthätigkeit seine Unfähigkeit traurig bewiesen. Für den 22. blieb nichts übrig, als die beiden rechten Flügel nordwärts auf die Centren zurückzuziehen und bei Novara eine neue Aufstellung mit der Front nach Süden zu nehmen. Diese Bewegungen wurden glücklich vollzogen, und am 23. März früh standen über 50 000 Mann zur Abwehr bei Novara bereit. Radeky hatte vermutet, der Feind werde sich westwärts zum Schutz von Turin zurückziehen, und hatte deshalb die Divisionen Thurn und Bratislaw die Straße nach Vercelli einschlagen lassen; nur d'Aspre, bei dem sich Erzherzog Albrecht und Oberst Benedek befanden, rückte gegen Novara vor. Zu seinem Erstaunen fand er vor der Stadt die ganze feindliche Armee aufgestellt, im Centrum bei Bicocca die Division Bes, westlich davon Durando, östlich die Altpiemontesen unter Perrone, als Reserve die Divisionen der Herzöge von Savoyen und Genua, der Söhne Karl Alberts. Sofort ging Meldung davon an Radeky, Thurn und Bratislaw ab, aber trotz seiner Minderzahl zögerte d'Aspre nicht, Bicocca anzugreifen. Von 12 bis 3 Uhr war seine Lage äußerst bedenklich, allein als Radeky mit Verstärkungen von Süden

Beginn des
Krieges.

Schlacht bei
Novara.

eintraf, änderte sich der Gang der Schlacht. Gleichwohl hielten sich die Piemontesen noch tapfer, und erst als hinter ihrem rechten Flügel Thurn erschien und auch in der Front die Österreicher immer stärker wurden, gerieten sie ins Wanken. Um 6 Uhr befahl Radezky einen Angriff auf der ganzen Linie; seiner überlegenen Artillerie hielt der Feind nicht stand, er zog sich auf und in die Stadt zurück; Karl Albert, der sichlich den Tod suchte, konnte nur mit Mühe von Bicocca weggebracht werden. Novara selbst noch anzugreifen durfte Radezky bei der Dunkelheit und dem strömenden Regen seinen ermatteten Truppen nicht mehr zumuten, aber der Feldzug war auch ohnedies entschieden. Die fürchterliche Verwirrung, die in seinem Heere herrschte, zeigte dem sardinischen Könige, daß alles verloren sei. Er schickte deshalb den Minister Cadorna und den General Cossato ins feindliche Hauptquartier um einen Waffenstillstand zu verhandeln. Nur mit dem letzteren ließ sich der österreichische Generalstabschef von Heß ein; er sprach dabei von dem Könige wie von einem Wortbrüchigen, mit dem man kaum einen Vertrag schließen könne, ohne daß er Bürgschaften gebe, etwa den Thronfolger als Geisel stelle. Unverrichteter Dinge kehrte Cossato zurück. Nun reiste in Karl Albert der längst genährte Entschluß: er wollte durch ein persönliches Opfer günstigere Bedingungen für sein Land und Haus erwirken. In später Stunde berief er seine Söhne, Cadorna und mehrere Offiziere zu sich und legte die Krone zu Gunsten seines Sohnes Viktor Emanuel nieder. Wenige Stunden darauf fuhr er nach Vercelli ab, wurde von Thurn, unter dessen Vorposten er geriet, unerkannt wieder entlassen, und eilte dann, so schnell er konnte, durch Frankreich und Spanien nach Oporto, wo er am 19. April krank anlangte. Die wenigen Monate, die ihm noch beschieden waren — er starb schon am 26. Juli —, gewährten ihm mindestens noch den Trost zu sehen, daß sein Volk den Entschluß, den er gefaßt, im richtigen Lichte betrachtete. Es wurden ihm von allen Seiten Beweise der Liebe und Teilnahme entgegengetragen und die Anklagen der Verrätere, mit denen er seit der Schlacht bei Custoza von den Mazzinisten gemartert war, verstummt. Man gewöhnte sich ihn als ein Opfer der nationalen Sache anzusehen und in dem redlichen Willen und der uneigennütigen Selbstverleugnung, die er in dem letzten schweren Jahre seines Königtums bewiesen, ein volles Gegengewicht gegen die Schwächen seiner politischen und militärischen Befähigung zu erkennen. Er war gefallen bei einem Wagnis, dem er nicht gewachsen war; aber das Banner, das er trug, hatte er nicht sinken lassen, sondern zerfetzt aber unbefleckt seinem Nachfolger übergeben.

Karl Alberts
Abdankung.

König Viktor
Emanuel.

Karl Alberts
Tod.

Waffenstill-
stand.

Dieser erhielt am Morgen des 24. März in einer Zusammenkunft mit Radezky auf einem Gehöfte bei Novara den erbetenen Waffenstillstand. Die piemontesische Armee mußte auf Friedensfuß gesetzt, das Land bis zur Sesia und die Festung Alessandria den Österreichern als Friedenspfand übergeben werden. Die weiteren Verhandlungen wurden in Mailand gepflogen; man ließ den jungen König bessere Bedingungen hoffen,

wenn er die Verfassung ändern und sich der österreichischen Politik anschließen wolle; er lehnte das ab. In sein Ministerium berief er Massimo d'Azeglio als Präsidenten und für das Äußere, Gioberti, Pinelli, Lamarmora, den Bankier Nigra; der liberale und nationale Charakter seiner Politik war durch diese Namen zur Genüge gekennzeichnet. Trotzdem fielen die Friedensbedingungen unter der Einwirkung der Westmächte und der schlimmen Lage in Ungarn noch leidlich aus; die alten Besitzverhältnisse wurden wiederhergestellt und Piemont kam mit 75 Millionen Franken Kriegssentschädigung billig genug davon. Trotzdem verweigerte die piemontesische Kammer, die zwar nach dem Thronwechsel neu gewählt war, aber so ziemlich aus den alten Mitgliedern bestand, dem Frieden vom 6. August die Genehmigung; sie forderte, was die Minister vergeblich zu erreichen gesucht hatten, daß Oesterreich den lombardischen Flüchtlingen Verzeihung gewähre. Es blieb nichts übrig, als die Kammer gleich wieder aufzulösen: es war die sechste Wahl seit dem Ausbruch der Revolution. Der König selbst trat für den Frieden ein, indem er am 20. November von seinem Schlosse Moncalieri eine Ansprache an die Nation richtete, die, wie Cavour später meinte, das Land rettete. Die im Dezember gewählten Volksvertreter gehörten in ihrer großer Mehrheit der gemäßigten Partei an; sie genehmigten den Friedensvertrag, und gestützt auf sie begann das Ministerium jene Politik der Sammlung und Kräftigung, die bald in dem Grafen Cavour ihren glänzenden Vertreter finden sollte.

In allen übrigen Staaten Italiens begann mit der plötzlichen Niederlage Sardinien's die Reaktion. Furchtbar hart mußten die unglücklichen Lombarden büßen, welche die Kriegführung Karl Albert's durch eine Erhebung im Rücken der Oesterreicher hatten unterstützen wollen. Glücklicherweise ließ der schnelle Verlauf des Krieges derartige Pläne nur vereinzelt zur Ausführung reifen. Am gefährlichsten wurde die Empörung von Brescia. Die Oesterreicher mußten am 22. März die Stadt räumen und Truppen von Verona herbeirufen um sie wieder zu nehmen. General Haynau, „Einhau“ von den Soldaten genannt, war es, dem diese Aufgabe zufiel. Am 31. stürmte er die Thore und die Barrikaden in den Straßen und verhängte ein schaudervolles Strafgericht über die Besiegten. Die Masse der Todesurtheile, die sofort vollstreckt wurden, die barbarischen Strafen, die er selbst an Weibern vollziehen ließ, die unglaublichen Geldsummen, die er der Stadt und der Landschaft auspreßte, machten die „Hyäne von Brescia“ zum Abscheu von ganz Europa. In Wien aber ward er ein gefeierter Mann; man übertrug ihm zunächst die Belagerung Venedigs und bald nachher den wichtigsten aller Posten, den Oberbefehl in Ungarn. Vor Venedig konnte er seine Aufgabe noch nicht beenden. Von Manin's feurigem Geiste befeelt, leistete die Lagunenstadt heldenmütigen Widerstand; auch als der Fall des Forts Malghera am 26. Mai den Anfang des Endes ankündigte, sank ihr Mut nicht so sehr, daß nicht die Nachrichten von Kossuth's Erfolgen ihn

Friedens-
schluß.Proklamation
von Monca-
lieri.Reaktion in
der Lombardei.Haynau in
Brescia.

Venedigs Fall.

wieder befestigt hätten. Solange die Ungarn noch das Feld behaupteten, boten auch die Venetianer den Bomben der Feinde, der Hungersnot und der Cholera Troß; erst bei der Kunde von Vilagos verzichteten die Führer auf längeren Widerstand; am 22. August schlossen sie einen Vertrag, der ihnen freien Abzug gewährte und dies letzte Bollwerk der italienischen Unabhängigkeit in die Hände der Österreicher zurücklieferte.

Bezwingung
Siziliens.

Viel früher hatte die anderen Landschaften der Halbinsel ihr Schicksal erreicht. Ohne fremde Hilfe machte sich Ferdinand wieder zum Herrn von Sizilien. Die äußersten Zugeständnisse, welche er unter dem Drucke der englisch-französischen Vermittlung am 28. Februar 1849 der Insel bot, waren eine gesonderte Verfassung und Verwaltung. Die Antwort der Patrioten bestand in der Aufkündigung des Waffenstillstandes am

Mieroslawski.

29. März. An die Spitze der gesammelten Streitkräfte wurde der Pole Mieroslawski berufen; mit ein paar tausend Mann eröffnete er die Feindseligkeiten im Süden von Messina, von wo Filangieri mit 13 000 Mann gegen ihn ausrückte. Ein entscheidendes Übergewicht verlieh den Neapolitanern der Besitz ihrer Flotte; unbehindert konnte diese am 2. April südlich von Mieroslawskis Stellung bei Taormina landen und ihm dadurch den Weg längs der Küste nach Catania verlegen. Sobald dies geschehen war, griff die Hauptmacht von Norden die Stadt Taormina an und erstürmte sie. Mieroslawski blieb kein anderer Weg nach Catania als der 15 Meilen lange um den Atna herum; während er diesen in Eilmärschen zurücklegte, rückte Filangieri auf der sechs Meilen langen Küstenstraße ebendorthin, begierig den Wechsel einzulösen, den Radetzky, wie Ferdinand ihm schrieb, soeben bei Novara auf ihn gezogen habe.

Erstürmung
von Taor-
mina.

von Catania.

Am Karfreitag, dem 6. April, erfolgte der Angriff, den die Flotte unterstützte. Mieroslawski war seinen Truppen vorausgeeilt und leitete die Verteidigung mit großer Tapferkeit, bis er schwer verwundet fortgetragen werden mußte. Den letzten entscheidenden Sturm und die Eroberung der Barrikaden unternahmen die schweizerischen Söldner des Königs; bis tief in die Nacht schlugen sie sich in den Straßen herum und ließen dann dem Kampfe noch die Plünderung folgen. Unter dem Eindrucke dieser Nachrichten beschloß das Parlament in Palermo am

Französische
Vermittlung.

14. April, die aufs neue angebotene Vermittlung Frankreichs anzunehmen; ein neues Ministerium ward gebildet, das am 17. die Versammlung auflöste, und alles schien sich danach anzulassen, daß Filangieri, der langsam gegen Palermo vorrückte, ohne Kampf würde einziehen können. Zwar gelang es den Freiheitsfreunden, besonders dem vorigen Kriegsminister La Farina, am 20. das Ministerium der Unterwerfung wieder zu stürzen; aber das war nur ein kurzer Umschwung,

R. Settimo's
Abdankung.

auch der greise Ruggiero Settimo erachtete weiteren Widerstand für nutzlos und legte seine Regierungsgewalt in die Hände des Stadtrates von Palermo nieder. Während sich nun alle an dem Aufstande schwer Beteiligten ins Ausland retteten, Ruggiero Settimo nach Malta, La Farina nach Piemont, andere nach Frankreich, schloß Filangieri am

11. Mai mit dem Stadtrat den Vertrag der Übergabe. Von den Bedingungen, die Ferdinand Frankreich gegenüber zugesagt hatte, war nicht mehr die Rede. Filangieri verkündigte wohl am 22. Mai, daß der König in seiner heiligsten Brust, dem Sitze aller alleredelsten und großmütigsten Tugenden, beschloffen habe den teuersten Edelstein seiner Krone, seinen Erstgeborenen, einen Engel an Verdienst und Tugend, als seinen Stellvertreter auf die Insel zu senden; aber selbst das geschah nicht, sondern Filangieri blieb bis 1855 Statthalter. Eine ausgedehnte Entwaffnung der Bevölkerung, ein strenger Belagerungszustand, die schleunige Wiedereinführung alter und neuer Steuern waren die begreiflichen Folgen der geänderten Lage. Englands Ermahnung der Insel die versprochene Sonderverfassung zu geben wies Ferdinand unter Berufung auf seine Souveränität unumwunden zurück; nicht mit den Waffen, sondern mit den Knien vor dem Bilde der Mutter Gottes rühmte er sich sein Sizilien wieder erobert zu haben; was Wunder, wenn er seiner fremden Macht auch nur die geringste Einmischung in seine Angelegenheiten zu gestatten entschlossen war.

Übergabe von Palermo.

Filangieri's Statthalter-schaft.

Wirklich ohne Waffengewalt hätte der Großherzog von Toskana in sein Land zurückkehren können. Nach der Schlacht bei Novara ermannten sich die Gemäßigten in Florenz zu einem Aufstande gegen Guerazzi und seine Pöbelbanden. Am 12. April errangen sie den Sieg und übertrugen die Regierung bis zur Rückkehr des Fürsten an Gino Capponi, die Brüder Ricasoli und andere gemäßigte Männer; eine Abordnung lud den Großherzog in Gaeta zur Rückkehr ein. Aber Leopold war durch die Erfahrungen der letzten Monate ängstlich geworden. Er wußte, daß man in Wien seine Verhandlungen mit Piemont ihm sehr verübelt hatte und mit dem Gedanken umging ihn zur Abdankung zu zwingen. Nur durch große Willfährigkeit glaubte er das abwenden zu können; er ließ es deshalb geschehen, daß die Oesterreicher unter d'Aspre am 6. Mai die Grenze überschritten, am 11. Livorno, wo die Radikalen noch das Ruder führten, mit Gewalt besetzten und vierzehn Tage später in das vollkommen ruhige Florenz einzogen. Erst am 27. Juli 1849 kehrte er selbst zurück.

Sieg der Gemäßigten in Toskana.

Einmarsch der Oesterreicher.

Rückkehr Leopolds.

Der Kirchenstaat.

Noch länger blieb der Papst seiner Hauptstadt fern. Das Hilfesuch, welches er am 18. Februar 1849 an Frankreich, Oesterreich, Spanien und Neapel richtete, wurde freilich von allen diesen Mächten erhört; aber die Art, wie es erfüllt wurde, entsprach wenig den Wünschen des Papstes. Zwischen Frankreich und Oesterreich bildete sich ein scharfer Gegensatz heraus; in Wien hätte man am liebsten alle liberalen Einrichtungen, die das letzte Jahr dem Kirchenstaat gebracht, über den Haufen geworfen; in Paris wünschte man sie möglichst zu retten und empfahl deshalb den republikanischen Machthabern die gutwillige Rückberufung des Papstes. Ein Abgesandter des Präsidenten Napoleon, Mercier, erschien zu dem Zweck im März an der Tiber und verhandelte mit den drei Männern, die von der Konstituante als Triumvirn an die

Französische Vermittlung.

Spitze gestellt waren, Armellini, Saliceti und Montecchi. Aber seine Bemühungen waren vergeblich. Statt zur Versöhnung zu neigen, wurde die Stimmung in Rom durch die Niederlage Karl Alberts nur noch erbitterter; aus dem Triumvirate wurden Saliceti und Montecchi durch Mazzini und Aurelio Saffi verdrängt, und Mazzinis Einfluß war fortan der maßgebende. Nur durch Gewalt war also die Rückkehr des Papstes herbeizuführen, und da die anderen Mächte dazu entschlossen waren, schien es der französischen Regierung durch die Klugheit geboten ihnen zuvorzukommen. Ganz unerwartet forderte Napoleon am 16. April von der Kammer die Mittel zu einer Expedition nach Rom, und schon am 24. landete Dudinot mit 7000 Mann bei Civitá vecchia. Auch jetzt noch hoffte man in Paris ohne Kampf einen Ausgleich zwischen dem Papst und den Römern bewirken zu können; die republikanischen Truppen in der Hafenstadt wurden nicht als Feinde, sondern als Bundesgenossen behandelt und in Rom machte Dudinot den Vorschlag ihn als Freund einrücken zu lassen. Aber sowenig wie der Papst Napoleons Wunsch eine versöhnliche Ansprache zu erlassen erfüllte, ebensowenig waren die Römer zur Nachgiebigkeit bereit. Unter ihnen spielte jetzt die erste Rolle neben Mazzini Giuseppe Garibaldi. 1807 in Nizza geboren hatte er auf den Wogen des Meeres als Kapitán einer kleinen Barke allen Gefahren trogen gelernt, war seit dem Savoyerzuge von 1834 als Flüchtling in Europa und Amerika herumgestreift, hatte in Uruguay sich Erfahrungen im Kleinkrieg gesammelt und glänzende Proben persönlichen Mutes gegeben, und war seit dem August in Italien überall zu finden gewesen, wo man seinen Arm und seine Begeisterung gebrauchen konnte. Uneigennützig und aufopferungsfähig wie kein Zweiter, schwärmerisch hingerissen von dem Gedanken des ewigen Rom und der Erneuerung seiner republikanischen Herrlichkeit, ohne Berechnung und unberechenbar, ohne Falsch und ohne Furcht, erfüllte er Besatzung und Bevölkerung mit einer Widerstandskraft und einem Kampfes-eifer, die Mazzini dann vollends mit seiner prophetischen Begeisterung und seinen pomphaften Aufrufen, in denen er Rom als die Fürstin einer neuen Welteinheit feierte, zu dem selbstgefälligen Traume einer eingebildeten Unbesiegbarkeit steigerte. Und der erste Angriff Dudinots am 30. April 1849 schien den beiden recht zu geben; denn er wurde glänzend zurückgeschlagen, und dieser Sieg erhöhte die Zuversicht umsomehr, als die französische Volksvertretung das feindliche Auftreten gegen Rom am 7. Mai mißbilligte und Herr von Lesseps abgesandt wurde um eine Verständigung mit den Triumvirn zu versuchen. Während insolgedessen die Waffen vor den Thoren der Stadt ruhten, drangen von Süden her die Neapolitaner, von Norden die Österreicher in den Kirchenstaat ein. König Ferdinand fand aber keineswegs jene Mehrung der sizilischen Lorbeeren, auf die er gehofft hatte; sein Feldzug begann am 29. April damit, daß General Lanza mit 10 000 Mann die Grenze überschritt, und endete drei Wochen später mit der fluchtartigen Rückkehr auf den heimischen Boden; zwei

Mazzinis
Herrschaft.

Französische
Expedition.

Garibaldi.

Angriffe auf
Rom.

Die Neapolitaner.

Treffen, bei Palestrina am 9. und bei Belletri am 19. Mai, brachen den Angriffsmut der Neapolitaner und erfüllten den gemeinen Mann mit einem unbehaglichen Schauer vor Garibaldi, der durch Satanskunst gegen alle Kugeln gefeit zu sein schien. Den Franzosen war die Niederlage Ferdinands gar nicht unlieb: sie sollen zwar weiterhin Belagerungsgeschütze von ihm angenommen haben, aber die erneute Verwendung seiner Truppen verboten sie sich ernstlich; auch den Spaniern, die Mitte Juni, etwa 8000 Mann stark, bei Terracina landeten, verweigerten sie die Erlaubnis gemeinsam mit ihnen in den Kampf einzugreifen. Die österreichischen Truppen unter Wimpffen kamen mit der französischen Armee in keine Berührung; nach achttägiger Belagerung und Beschießung nahmen sie am 18. Mai Bologna und rückten dann durch die Romagna in die Marken ein, wo ihnen besonders Ancona zu schaffen machte; erst am 13. Juni übergab die Besatzung diese Stadt, bedang sich aber freien Abzug aus und verstärkte die Reihen der Verteidiger Roms; den Österreichern war es ganz recht, wenn so den Franzosen ihre Aufgabe erschwert wurde. Lesseps war mit seinen Verhandlungen nämlich zuletzt doch gescheitert; er hatte in einer Abkunft vom 31. Mai auf die Besetzung der Stadt durch Dudinot verzichtet und den französischen Truppen nur die freie Bewegung im übrigen Lande ausbedungen, und das galt in Paris wie im Lager vor Rom für unannehmbar, sodaß am 3. Juni die Feindseligkeiten wieder begannen. Der Angriff richtete sich gegen den alten Janiculus und ward mit einem Überfall der Willen vor dem Pancratiusthore, besonders der Villa Pamfili, eröffnet. Nachdem sich die Franzosen hier eingenistet und Bresche geschossen hatten, überfielen sie am 21. Juni gegen Mitternacht die Mannschaft, welche eine der drei gangbaren Mauerlücken verteidigen sollte und gelangten fast ohne Kampf in den Besitz des wichtigen Punktes. Hinter der ersten war jedoch eine zweite Verteidigungslinie, die alte aurelianische Mauer, in Stand gesetzt und um diese wurde nun acht Tage hindurch ähnlich wie um die erste gekämpft, bis in der Frühe des 30. Juni die Franzosen auch dieses Bollwerk erstürmten. Jetzt konnte nur noch von einem Barrikadenkampf die Rede sein und den zu verantworten, da die Ehre genugsam gewahrt und keine Hoffnung auf Erfolg vorhanden war, wagte auch Garibaldi nicht. Nach dem Abschluß einer Waffenruhe setzte er am 1. Juli der Konstituante die Sachlage auseinander, und diese beschloß auf Antrag Cernuschis sich aufzulösen und dem Stadtrat die Gewalt zu übergeben. Mazzini verkündigte am nächsten Tage vom Kapitol aus noch die eben vollendete republikanische Verfassung Roms und verließ dann die Stadt; Garibaldi sammelte seine Getreuen, gegen 5000 Mann, und führte sie in geordnetem Zuge nach Tivoli; ihm nach rückten die Franzosen, von Süden her bedrängten ihn die Spanier und Neapolitaner, der einzige Ausweg war nach Norden. Aber auch hier harrete seiner der Feind, in Toskana wie in der Romagna standen ja die Österreicher; immer mehr mußte sich seine Schar zerplittern um auf Bergwegen den Gegnern

Landung der
Spanier.

Die Öster-
reicher in Bo-
logna und
Ancona.

Die Franzosen
vor Rom.

Garibaldi's
Abzug.

auszuweichen. Mit einem kleinen Häuflein erreichte er bei Cesenatico das Meer und schiffte sich auf einigen Barken ein; doch österreichische Schiffe trieben ihn ans Land zurück und die Irrfahrt begann von neuem. Seine tapfere Frau Anita erlag den Mühsalen, Garibaldi selbst erreichte glücklich über Elba Genua; von da flüchtete er nach Marokko und endlich zum zweitenmal nach Amerika, wo er durch Arbeit in einer Seifenfabrik seinen Unterhalt erwarb.

Hartnäckigkeit
des Papstes.

Napoleons
Brief an Ney.

Dem Papste stand die Rückkehr jetzt frei, der Oberst Niel überbrachte ihm die Schlüssel der heiligen Stadt. Gleichwohl zog Pius es vor in Gaeta zu bleiben und später seinen Wohnsitz gar nach Portici zu verlegen. Die Kardinäle, welche er zur Übernahme der Regierung nach Rom schickte, waren zu keiner versöhnlichen Handlung, zu keiner liberalen Versprechung ermächtigt. Vergebens empfahl Napoleon eine großmütige Begnadigung und die Bestätigung der Verfassung von 1848; vergebens sandte er, um den französischen Republikanern zu zeigen, daß es ihm ernst sei, den Obersten Edgar Ney nach Rom und schrieb ihm einen Brief vom 18. August, der in kräftigen Ausdrücken das reaktionäre Gebaren der Kardinalsregierung brandmarkte und einzelne Maßnahmen derselben geradezu für eine Beleidigung seiner Person erklärte. Er erreichte damit nichts; alles, was der Papst in einem Erlaß vom 12. September verhieß, war die Errichtung eines Staatsrates mit sehr beschränkten Befugnissen, dessen Mitglieder obendrein nicht gewählt, sondern ernannt werden sollten; von der Begnadigung schloß er einige Tage später 283 Personen aus, während selbst Ferdinand in Sizilien nur 43 ausgenommen hatte. Der Papst wußte eben recht gut, daß Napoleon ihn nicht entbehren könne und daher auf seinen Forderungen nicht bestehen werde; er wußte, daß sein Fernbleiben von Rom, dieses Weiden des französischen Schutzes, dem Präsidenten je länger desto lästiger werden müsse, und so wartete er bis in den April 1850. Dann erst gab er den Vorstellungen der französischen Bischöfe nach und hielt am 12. April, nach einer Abwesenheit von beinahe 17 Monaten, seinen Einzug in die ungetreue Hauptstadt, in der Marschall Baraguay d'Hilliers ihn als französischer Gesandter und Befehlshaber des Expeditionskorps empfing.

Rückkehr des
Papstes.

Österreichs
Einfluß in
Italien.

Toskana.

Die Reaktion der nun folgenden Jahre stützte sich in ganz Italien mittelbar oder unmittelbar auf die Bajonette der Österreicher. Mit Parma und Modena wurden die militärischen Verträge von 1847 erneuert; in Toskana blieben die österreichischen Regimenter bis 1855, in der Romagna gar bis zum Kriege von 1859. Großherzog Leopold bemühte sich eifrig in Wien volle Verzeihung zu erlangen und stattete im Sommer 1850 seinem kaiserlichen Vetter in diesem Sinne einen Besuch ab; der maßvolle und friedfertige Geist seiner Vorfahren lebte aber auch in ihm, und so waren die Zustände in Toskana trotz einzelner Aufsehen erregender Vorfälle immerhin erträglich, die Verwaltung des aufgeklärten Ministers Baldasseroni einsichtsvoll und redlich. Die Ver-

fassung freilich wurde zunächst stillschweigend beiseite geschoben, dann nach einem Gutachten, welches Schwarzenberg von den übrigen italienischen Regierungen einholte, im September 1850 auf unbestimmte Zeit außer Kraft gesetzt und endlich, am 6. Mai 1852, dem Jahrestag des österreichischen Einmarsches, endgültig aufgehoben. Der eifrigste Parteiläufer der Reaktion war Herzog Karl III. von Parma, der durch Verzicht seines Vaters vom 14. März 1849 die Herrschaft erhalten hatte und sie im allerpersönlichsten Interesse ausnutzte. Seine Erpressungen und Frevelthaten speicherten einen solchen Haß gegen ihn auf, daß er am 26. März 1854 vor seinem Schlosse inmitten vieler Zuschauer erschossen werden konnte, ohne daß man des Mörders habhaft geworden wäre; allzueifrigem Nachspürern diente die Ermordung des Untersuchungsrichters als Warnung. Für den sechsjährigen Erben Robert übernahm seine Mutter Luise, eine Tochter des 1820 ermordeten Herzogs von Berry, die Regentschaft, und das Land stand sich gut bei dem Tausche. Einsichtsvoller und berechnender war Herzog Franz von Modena, der das Bündnis der reaktionären Staaten gern in eine dauernde Form gebracht hätte; wirtschaftlich vereinigte er sein Land 1851 durch einen Zollvertrag, dem auch Parma beitrug, ebenso eng mit Oesterreich, wie das politisch und militärisch schon durch den Vertrag von 1847 geschehen war, und arbeitete so, kinderlos wie er war, dem vertragsmäßigen Heimfall an Oesterreich vor. Eine verbreitete Meinung ging dahin, daß auch Parma und die Romagna bestimmt seien mit Lombardo-Venetien vereinigt zu werden, und aus Rücksicht auf diese Besorgnis war dem römischen Stuhle die Fortdauer der französischen Besatzung keineswegs unangenehm. Seine politische Stütze suchte er aber trotzdem nicht in Paris, sondern in Wien, während ihm von den italienischen Fürsten der König von Neapel fortwährend am nächsten stand. Dieser betrat die Bahn der Reaktion mit dem größten Wohlgefallen; die Verfassung förmlich aufzuheben schien nicht erforderlich; sie trat von selbst außer Kraft, seit die Kammern am 23. März 1849 nach Hause geschickt waren. Um sich der verhassten Liberalen zu entledigen wurden ein paar gewaltige Prozesse angestrengt, bei denen die Regierung sich nicht scheute Zeugen zu erkaufen. Der eine richtete sich gegen die „Anstifter“ des 15. Mai 1848, der andere gegen den italienischen Einheitsbund; beide endeten mit massenhaften Verurteilungen. Im September 1851 waren über 3000 Personen bestraft, 800 davon lagen in Ketten; wegen Störung der öffentlichen Ordnung waren mehr als 42 000 Anklagen erhoben. Die niederträchtige Führung der Untersuchungen und die gemeine Behandlung der Verurteilten zog ein unverdächtiger Zeuge ans Licht, William Gladstone, der Freund und Kollege Peels, ein Mann, dem niemand ein Haschen nach Übertreibung oder Mangel an Gewissenhaftigkeit zum Vorwurf machen konnte. Zwei Briefe, die er 1851 an den englischen Ministerpräsidenten Lord Aberdeen richtete, enthüllten vor den Augen Europas eine Reihe von Niederträchtigkeiten

Parma.

Modena.

Der Kirchenstaat.

Neapel.

und Gewaltthaten, die jeden billig Denkenden mit Entrüstung erfüllen mußte, und bereiteten den Bruch zwischen England und dem Könige von Neapel vor, der für dessen Dynastie verhängnisvoll werden sollte. Auch mit Frankreich überwarf sich Ferdinand späterhin, obgleich er Napoleons Staatsstreich als erster der europäischen Fürsten anerkannt hatte. Dagegen schloß er sich eng an Rußland und Oesterreich an und des letzteren Einfluß war somit seit dem Sommer 1849 mit Ausnahme von Sardinien für alle Staaten der Halbinsel wieder ebenso maßgebend wie nur je in den besten Tagen Metternichs.

Das Ende des deutschen Parlamentes.

Dieses Erstarken Oesterreichs mußte auf seine Stellung in Deutschland von großem Einflusse sein, wenn es auch den Sieg noch nicht ohne weiteres herbeiführte. Jeder der beiden Gegner, die es hier zu überwinden galt, das deutsche Volk wie der preußische Staat, würde bei vollem Aufgebot seiner Kräfte erfolgreich haben widerstehen können; vereint wären sie unüberwindlich gewesen. Aber statt dessen war durch die Ablehnung der Kaiserkrone der Bruch zwischen beiden vollzogen worden, und alle Hoffnungen, die nach der Rückkehr der Kaiserboten aus Berlin noch zulässig schienen, waren in kürzester Frist geschwunden. An Bemühungen den Entschluß des Königs zum Besseren zu lenken hatte es nicht gefehlt. Der preußische Landtag, der seit dem 26. Februar 1849 wieder beisammen war, bestürmte den Monarchen förmlich mit Adressen und Beschlüssen um ihn zur Annahme der Krone zu bestimmen. Schon am 28. März war eine erste Adresse, von Vincke vorgeschlagen, angenommen worden, am 1. April folgte eine zweite, am 5. eine dritte. Keine derselben hatte Erfolg und ebenso wirkungslos war es, daß am 21. April auf Antrag des früheren Ministers Rodbertus die Rechtsgültigkeit der Reichsverfassung mit 175 gegen 159 Stimmen anerkannt wurde. Graf Brandenburg erklärte den Rednern, die Preußen auf die Macht der öffentlichen Meinung als seine stärkste Stütze hinwiesen, diese öffentliche Meinung sei gleich dem Sturm und Wind, den man wohl beachten möge, dem man aber niemals, niemals, niemals! das Staatsschiff anvertrauen dürfe, wenn es den rettenden Port erreichen solle. Die Spannung zwischen Regierung und Volksvertretung hatte damit wieder eine solche Höhe erreicht, daß der Bruch unvermeidlich war. Er vollzog sich fünf Tage später durch die Annahme eines Antrages von Waldeck, der die Aufhebung des Belagerungszustandes in Berlin forderte. Vergebens suchte Manteuffel die Notwendigkeit der Fortdauer durch ein kunstvolles Gewebe polizeilicher Verdächtigungen gegen Waldeck und Genossen zu erweisen; es wurde ihm erwidert, für dieses Ministerium möge der Belagerungszustand unentbehrlich sein, aber dieses Ministerium selbst sei sehr wohl zu entbehren. Die Antwort darauf war am nächsten Tage, am 27. April, die Auflösung der zweiten Kammer. Der König

Der preußische
Landtag.

Auflösung der
zweiten Kam-
mer.

und die Minister wußten, daß sie diesen Schritt unter dem Schutz der Bajonette ungestraft wagen durften; den schweren Schaden, den sie dem Staate dadurch zufügten, erkannten sie nicht an. Einige lärmende Zusammenrottungen wurden mit Waffengewalt auseinander geworfen und die Reaktion begann, stolz auf ihre Soldaten, die so trefflich gegen die Demokraten geholfen, freier und unverhüllter ihr Spiel zu treiben.

Nicht denselben Mut bewies der König gegen Oesterreich und gegen seine fürstlichen Kollegen. Noch einmal wurde ihm die Gelegenheit geboten die Früchte des Frankfurter Parlamentes in einer Weise zu pflücken, die seinen ängstlichsten Gewissenskrupeln und Vorurteilen Rechnung trug. Durch Gagerns Bemühungen waren 28 Regierungen vermocht worden am 14. April 1849 die Verfassung und die Kaiserwahl anzuerkennen; die Zusagen angesehener Parteiführer und das Ausscheiden so vieler Oesterreicher aus der Versammlung setzten das Reichsministerium in den Stand dem Könige die feste Zusicherung zu geben, daß bei einer erneuten Durchsicht der Verfassung die anstößigsten Bestimmungen derselben fallen würden. Beckerath ging nach Berlin mit dem Vorschlage die Abgeordneten jener 28 Staaten und Preußens nach Erfurt zu berufen und dort die Verhandlungen vorzunehmen; fehlten dann auch die Königreiche, so war doch das übrige Deutschland geeinigt und der Keim für Größeres gerettet. Aber Friedrich Wilhelm scheute vor der Gefahr zurück. Wenn Sie Ihre beredten Worte an Friedrich den Großen hätten richten können, der wäre Ihr Mann gewesen; ich bin kein großer Regent — mit diesen Worten entließ er Beckerath und verfügte unmittelbar darauf die Auflösung des Landtages.

So waren die Hoffnungen auf eine friedliche Durchführung der Reichsverfassung Ende des Monats vollständig vernichtet. Die amtliche Erklärung Preußens, sein letztes Wort, erging am 28. April: Von dem Werke der Einigung, so hieß es darin, wolle sich Preußen auch jetzt nicht zurückziehen; aber es suche diese nicht auf dem Wege der Reichsverfassung, die nur durch Krieg oder Revolution ins Leben zu führen sei. Wenn man diese Behauptung vielleicht bezweifeln konnte für den Fall, daß Preußen für die Verfassung eintrat, so konnte doch nach Friedrich Wilhelms Weigerung ihre Richtigkeit nicht mehr bestritten werden, und den maßgebenden Parteien fiel jetzt die verantwortungsvolle Entscheidung der Frage zu, ob es gestattet und ratsam sei den Weg der Gewalt einzuschlagen. Seltsam genug, und doch vollkommen naturgemäß, verschob sich darüber die Stellung der Parteien. Die Männer, welche mit dem äußersten Aufgebot ihrer Kräfte die Reichsverfassung durchgeföhrt hatten, die Freunde Preußens, die Weidenbuschpartei, verzichteten zum größten Teil auf die Durchführung ihres Werkes, die ohne Blut und Bürgerkrieg unmöglich geworden war. Der Linken dagegen, die so oft diese Verfassung als freiheitsfeindlich und unannehmbar gebrandmarkt hatte, gegen deren leidenschaftlichen Widerspruch sie angenommen war, galt diese selbe Urkunde jetzt als das Banner, darum sie

Die Klein-
staaten.

Beckeraths
Sendung nach
Berlin.

Erneute Ab-
lehnung der
Verfassung
durch Preußen.

Der Wyden-
brugische An-
trag.

Revolutio-
näre Bewe-
gungen

in Preußen,

in Hannover,

in Württem-
berg.

in Bayern.

Der Dresdener
Maiaufstand.

sich scharte, an das allein sie ferner ihre Hoffnungen knüpfte. Dieser Wechsel in der Stellung der Parteien vollzog sich nicht an einem Tage und nicht ohne die Abspaltung einzelner Mitglieder, die sich von der Mehrheit ihrer Freunde trennten; er begann schärfer hervorzutreten, als am 4. Mai mit zwei Stimmen Mehrheit, 190 gegen 188, auf Antrag des weimarschen Ministers von Wydenbrugg das ganze Volk aufgefordert wurde die Verfassung zur Geltung zu bringen, die Wahlen für den ersten ordentlichen Reichstag am 15. Juli vorzunehmen, und solange Preußen bei seinem Widerstande beharre, dem größten unter den willfähigen Staaten die Reichsstatthalterschaft zu übertragen. Noch zweifelten manche von der preussischen Partei, ob sie nicht auch diesen Weg noch versuchen sollten; selbst die Minister billigten den Beschluß mit Ausnahme Beckerath's, der deshalb sein Amt und seinen Sitz im Parlamente aufgab. Seinem Beispiel folgten schon in den nächsten Tagen verschiedene Gesinnungs- genossen, und so gewann die revolutionäre Partei bald die Mehrheit. Inzwischen war es auch mancherorten schon zu gewaltthätigen Erhebungen gekommen, zum Teil freilich gerade da, wo sie völlig überflüssig waren. Des stärksten Druckes hätte es in den Königreichen bedurft. Aber in Preußen gab es nur Aufläufe am Rhein und in einigen größeren Städten des Ostens, wie Breslau oder Königsberg; die Straßenkämpfe in Elberfeld und Düsseldorf am 8. und 9. Mai waren bald niedergeschlagen, die Erklärungen der Landwehrpflichtigen in Krefeld, Köln, Iserlohn und anderwärts, daß sie dem Ministerium Brandenburg bei einer Einberufung nicht gehorchen würden, waren ohne augenblickliche Bedeutung. In Hannover beschränkten sich die Kundgebungen auf Adressen der Gemeinden und der Ständeversammlung und die letztere ließ sich ohne Widerstand erst vertagen und am 26. April auflösen. Erfolgreicher war die drohende Bewegung in Württemberg. Mit 70 gegen 7 Stimmen forderten die Stände vom Könige die Annahme der Reichs- verfassung. Dieser antwortete, daß er dazu wohl durch Aufruhr ge- zwungen werden könne, freiwillig aber dem Hause Hohenzollern sich nie unterwerfen werde, und floh in der Nacht zum 23. April nach Ludwigsburg. Als aber die Aufregung wuchs und die Einsetzung einer vorläufigen Regierung in Rede kam, gab er am 24. plötzlich nach und erkannte die Kaiserwahl an. In Bayern standen die Kammern und der größte Teil der Bevölkerung auf seiten des Königs, der die Reichsverfassung ver- warf; nur in der Rheinpfalz herrschte die entgegengesetzte Strömung und führte in Kaiserslautern am 2. Mai zur Bildung eines Landesauschusses, der die allgemeine Volksbewaffnung anordnete und die Losreißung von Bayern betrieb. Nicht minder heftig war der Ausbruch im Königreich Sachsen. Die reaktionären Mitglieder des Ministeriums, Beust und Rabenhorst, verdrängten ihre liberalen Kollegen, welche für die Annahme der Reichsverfassung waren, und lösten die Stände, die einen gleichen Beschluß gefaßt, am 30. April 1849 auf. Sofort begannen in Dresden Unruhen, die am 3. Mai zum Barrikadenbau führten und von den Truppen

nicht gedämpft werden konnten. Der König floh in der Nacht mit seinen Ministern auf den Königstein und erbat von dort die vorher schon angebotene preussische Hilfe. Bis diese anlangte, waren die Aufständischen Herren der Lage. Eine vorläufige Regierung, Tzschirner, Heubner und Todt, ward eingesetzt, dem Russen Bakunin der Oberbefehl übertragen. So mußten die preussischen Garden, als sie am 7. Mai ankamen, erst in zweitägigem Kampf die Stadt erobern; über 200 Leichen, fast alle aus den Reihen des Volkes, lagen auf den Barrikaden. König und Ministerium kehrten zurück, über die Gefangenen wurde strenges Gericht gehalten, und wenn auch kein Todesurteil vollstreckt wurde, so war dafür die Behandlung in den Zuchthäusern um so unmenschlicher. Das Land hatte an der Empörung nur wenig Anteil genommen und mit der Einnahme der Hauptstadt trat überall wieder die tiefste Ruhe ein.

Dafür ging es aber im Südwesten, besonders in Baden um so heftiger los. Die Reichsverfassung war hier vollends nur das Aushängeschild, denn der Großherzog hatte sie längst anerkannt; was die Führer wollten, war ebenso wie im September 1848 die Republik. Das Beispiel der benachbarten Pfalz weckte schnell Racheiferung; als Träger der Bewegung waren längst die Volksvereine geschaffen, die ihren Mittelpunkt in Mannheim und den Advokaten Brentano zum Leiter hatten; das Militär war so gründlich durchwühlt, daß man auf die Untreue zahlreicher Truppenteile rechnen konnte. Sorgsam vorbereitet, brachen seit dem 9. Mai 1849 in der Festung Rastatt die Meutereien aus; alle Bemühungen die Verleiteten zum Gehorsam zurückzuführen waren vergeblich; am 11. Mai mußte der Kriegsminister Hofmann, der selbst an Ort und Stelle geeilt war, mit den meisten Offizieren flüchten. Dieser Triumph steigerte die Hoffnungen der Republikaner ins maßlose. Zum 13. hatten die Volksvereine nach Offenburg eine große Versammlung berufen. Hier wurden die Einsetzung eines Landesausschusses, die Berufung einer Konstituante, ein Bündnis mit der Rheinpfalz, die Verschmelzung des stehenden Heeres mit der Volkswehr und ähnliche radikale Maßregeln beschlossen; kaum daß man sich enthielt sofort die Republik auszurufen. Am demselben Abend begannen einige Kompagnien in Karlsruhe zu meutern; es kam zum Kampfe, der Großherzog floh in der Nacht über den Rhein, das Ministerium folgte ihm am nächsten Tage. Als bald siedelte der Landesausschuß, zu dessen Mitgliedern außer Brentano auch Fickler und Struve gehörten, von Rastatt nach Karlsruhe über und beherrschte nun thatsächlich das ganze Land.

Ohne Hilfe von außen konnte der Großherzog die Wiederherstellung seiner Macht nicht erhoffen. Das nächste war, daß er sich an die Reichsregierung wandte; aber Erzherzog Johann, den er persönlich aufsuchte, war an Machtmitteln ebenso arm wie der flüchtige Großherzog. Das Ministerium Gagern und die Reste der Kaiserpartei gingen in den Widersprüchen der Lage zu Grunde. Den Erhebungen in der Pfalz und Sachsen feindlich entgegenzutreten vermochten sie nicht, da deren Ziel

Der badische
Aufstand.

Flucht des
Großherzogs.

Reichsver-
weiser und
Parlament.

ja die Durchführung der Reichsverfassung war; ihre Mahnungen fanden taube Ohren, und Eisenstuck, der als Bevollmächtigter in die Pfalz geschickt war, förderte geradezu die republikanische Bewegung, während Raveaux in Baden doch wenigstens den gemäßigteren Teil der Aufständischen gegen den radikaleren stützte. Das Einschreiten Preußens in Dresden mißfiel auch dem Ministerium und seiner Partei, aber der Reichsverweser selbst billigte den „schweren Bruch des Reichsfriedens“, wie die Linke des Parlamentes, die jetzige Mehrheit, die preußische Hilfe nannte. Auf Antrag des Freiherrn von Reden wurde das Ministerium am 10. Mai 1849 aufgefordert Preußen mit allen Mitteln entgegenzutreten. Unter diesen Umständen hielt sich Gagern nicht mehr zum Ausharren verpflichtet, sondern nahm mit allen Amtsgenossen seine Entlassung. Der Reichsverweser aber bildete ein überkonservatives Ministerium, dessen Vorsitz der preußische Justizrat Grävell erhielt, während Detmold, Fochmus, Merck und Wittgenstein, sämtlich Mitglieder der äußersten Rechten, die Justiz, das Auswärtige, die Finanzen und den Krieg übernahmen. Als diese Männer sich am 16. Mai dem Parlamente vorstellten, begrüßte sie höhnisches Gelächter und die Erklärung, ihre Ernennung sei eine Beleidigung der Volksvertretung. Gagern und seine Freunde schieden nun auch aus dem Parlamente; am 21. Mai erklärten 65 Abgeordnete, darunter Dahlmann, Arndt, Bessler, Simson, Droysen, Duncker, Mathy, daß sie angesichts der Gefahr des Bürgerkrieges ihre Frankfurter Thätigkeit einstellen müßten; am 23. folgte Raumer mit 40 Genossen, am 26. Mai Welcker mit seinen Freunden. Nicht die Befehle der Regierungen, der preußischen am 14. Mai und bald darauf der sächsischen und hannoverschen, sondern die offenbare Unmöglichkeit noch etwas Segenbringendes zu schaffen trieb sie zu diesem letzten Schritte. Auch von dem Reichsverweser hätte man erwarten sollen, daß er jetzt seine Würde niederlege, aber er blieb; die Weisungen aus Wien hatten bei ihm größeres Gewicht als die wiederholten Aufforderungen aus Berlin. Mit dem Parlamente hatte er jede Fühlung verloren. Die Republikaner, die jetzt fast allein noch ihre Siege behaupteten, kümmerten sich um ihn und seine Minister nicht mehr, sondern stellten alle ihre Hoffnungen auf die Parteigenossen im Süden. Es war natürlich, daß sie den Schauplatz ihrer Thätigkeit in deren Mitte zu verlegen wünschten. Eine Zeitlang hofften sie wohl, die badisch-pfälzische Bewegung werde sich auch Darmstadt's und Nassau's bemächtigen; allein die hessischen Truppen deckten die Südgrenze des Großherzogtums und wiesen die badischen Freischaren unter Siegel am 30. Mai bei Heppenheim blutig zurück. Auch in Württemberg hatten die Republikaner noch keine Erfolge zu verzeichnen; aber wenn das Parlament nach Stuttgart wanderte, mußten ihre Aussichten wachsen. Abgesandte der Linken beredeten daher mit dem Präsidenten der württembergischen Ständeversammlung, Becher, die Übersiedelung, die sodann am 30. Mai auf den Antrag Vogts trotz Uhlands Warnung mit 71 gegen 64 Stimmen beschlossen wurde. Um den Boden zu bereiten fand am 27. Mai eine

Gagerns
Rücktritt.

Ministerium
Grävell.

Austritt der
Kaiserpartei.

Abberufung
durch die
Regierungen.

Das Rumpf-
parlament
nach Stutt-
gart.

Versammlung von angeblich 20 000 Menschen in Reutlingen statt und forderte ein Bündnis mit Baden und Pfalz; aber das Land im ganzen und besonders die Hauptstadt blieben doch sehr kühl, Ministerium und Kammer sogar entschieden feindlich, wenn die letztere auch die Benutzung ihres Saales den Ankömmlingen gestattete. Nur 105 Abgeordnete fanden sich am 6. Juni in Stuttgart ein und begannen unter dem Voritze des Dr. Löwe von Kalbe ihre Thätigkeit als Rumpsparlament. Die Hoffnung den König von Württemberg zum Reichsstatthalter ernennen zu können erwies sich als eitel; man mußte zu einem anderen Auskunftsmittel greifen und erwählte fünf Reichsregenten: Karl Vogt, Raveaux, Heinrich Simon, Schüler von Zweibrücken und Becher; nur 10 Abgeordnete, unter ihnen der Minister Römer, Uhland, Schott, Giskra, stimmten dagegen. Sofort begann jetzt der Streit mit der württembergischen Regierung. Römer bekämpfte einen Aufruf zur bewaffneten Durchführung der Reichsverfassung durch eine Gegenerklärung; die Kammer, die städtischen Behörden, die meisten Offiziere der Bürgerwehr stellten sich auf seine Seite; die Regentschaft verlangte 5000 Württemberger als Besatzung für Rastatt und Landau, Römer verweigerte sie; wo sich im Lande republikanische Bewegungen zeigten, wie in Heilbronn, wurde der Belagerungszustand verhängt; Fickler, der aus Baden herübergekommen war um zu wühlen, saß schon seit dem 3. Juni auf dem Asperg; nach Stuttgart wurden zuverlässige Truppen gezogen und in ihrer Mitte erschien der König. Als so alles vorbereitet war, stellte Römer am 17. die Forderung an Löwe, das Parlament solle Württemberg verlassen. Trotzdem wurde für den 18. Juni 1849 eine Sitzung in dem Fritzeschen Reithause anberaumt, denn der Ständesaal war dem Parlamente bereits entzogen. Die Abgeordneten begaben sich gemeinsam dorthin, an ihrer Spitze Löwe, Uhland und Römers Schwiegervater Schott; sie fanden die Zugänge besetzt und da sie gleichwohl nicht von der Stelle wichen, rückten die Truppen vor und räumten, übrigens in schonender Weise, den Platz. Alles, was die Vertriebenen noch thun konnten, war, im Hotel Marquardt Verwahrung gegen den Gewaltakt einzulegen; das war die letzte Handlung des deutschen Parlamentes; dann mußten die Nicht-Württemberger eilen das Land zu verlassen. Die große Mehrheit des deutschen Volkes sah zwar nicht ohne Schmerz das klägliche Ende der einst so hoch gefeierten Versammlung; aber mit den Männern, aus denen sie zuletzt bestand, konnten vom politischen Standpunkt doch nur die Republikaner sympathisieren; nur sie konnten die Erfüllung einer schweren Pflicht — denn das war die Auflösung für Römer, den Veranstalter der Heidelberger Vorversammlung vom 5. März 1848 — als eine empörende Gewaltthat brandmarken; dem klarer Überlegenden erschien die Beseitigung des Rumpsparlamentes schon damals nicht bloß im Lichte einer traurigen Notwendigkeit, sondern auch in dem einer rettenden That.

Wohl berief der Präsident Löwe die Bersprengten zu einer Sitzung auf den 25. Juni nach Karlsruhe; aber sie kam nicht zustande: an eben-

Die Reichs-
regentschaft.

Vertreibung
des Rumpf-
parlamentes.

Der preussische
Feldzug in der
Pfalz und
Baden.

Unterwerfung
der Pfalz.

Kämpfe am
Neckar.

Gefecht bei
Waghäusel.

Kämpfe an
der Murg.

Zwietracht
der Republikaner.

diesem Tage rückten preussische Truppen in die badische Hauptstadt ein. Der Großherzog hatte sich nämlich nach Berlin mit der Bitte um Hilfe gewandt, und da der bayerische Gesandte ein gleiches Verlangen stellte, so war ein preussisches Korps (von Hirschfeld), bei dem Major von Roon Chef des Generalstabes war, in die Pfalz eingerückt, während ein Reichsheer, aus Hessen, Mecklenburgern, Nassauern und Württembergern bestehend und von Peucker geführt, in der Bergstraße vordrang und ein zweites preussisches Korps unter von der Gröben ihm folgte; der Oberbefehl über alle diese Truppen ward am 8. Juni dem Prinzen von Preußen übertragen. Die Feindseligkeiten begannen in der Pfalz. Die republikanischen Truppen befehligte ein Pole, der General Sznayde; unter den einheimischen Offizieren war Blencker der befähigteste. Aber die ungeordneten und zügellosen Haufen waren für die preussischen Truppen keine ebenbürtigen Gegner; in mehreren Gefechten, besonders bei Kirchheim-Bolanden am 14. Juni, zurückgedrängt, wichen sie über den Rhein zurück; schon am 18. war die Festung Landau entsetzt, am 20. überschritt der Prinz bei Germersheim den Fluß. Mittlerweile war Peucker an den Neckar vorgerückt. Die badischen Truppen befehligte Mieroslawski, der kaum von seiner sizilischen Wunde genesen war. Mit Erfolg verhinderte er am 15. und 16. die Versuche der Reichstruppen zwischen Mannheim und Heidelberg den Fluß zu überschreiten und warf sie sogar gegen Weinheim zurück. Da aber der größte Teil derselben weiter ostwärts durch den Odenwald marschiert war und oberhalb Heidelbergs den Übergang zu erzwingen suchte, und da die Stellung bei Mannheim obendrein durch den Rheinübergang des Prinzen im Rücken bedroht war, so zog der polnische General seine Hauptmacht auf der Eisenbahn bis Bruchsal zurück und machte Front gegen die von Germersheim und Philippsburg heranrückenden Preußen. Während die Scharen, denen er die Neckarübergänge oberhalb Heidelbergs (bei Eberbach und Hirschhorn) anvertraut hatte, vergebens sich gegen die Reichstruppen zur Wehr setzten, drängte er selbst am 21. Juni die Preußen von Waghäusel gegen Philippsburg zurück, wurde aber, sobald jene Verstärkungen erhalten hatten, seinerseits wieder auf die Heidelberg-Karlsruher Bahnlinie zurückgeworfen. Auch jetzt wollte er die Hauptstadt nicht ohne Kampf fahren lassen; allein die Gefechte der nächsten Tage waren alle unglücklich und am 25. Juni zogen die Preußen in Karlsruhe ein. Während die republikanische Regierung ihren Sitz nach Offenburg und bald nach Freiburg verlegte, suchte Mieroslawski, auf Rastatt gestützt, sich im Murg-Thale zu behaupten; aber die Kämpfe bei Bischweiler und Ruppenheim (beim Eintritt der Murg in die Ebene) zersprengten seine Scharen am 29. und 30. Juni völlig; die ohnmächtigen Trümmer eilten sich durch den Schwarzwald in die Schweiz zu flüchten. Auch der badischen Konstituante und der Regierung blieb nichts anderes übrig, da die preussische Vorhut schon am 7. Juli in Freiburg einrückte; sie hatten die letzten Tage ihres Daseins noch zu den kläglichsten Zänkereien untereinander verwendet; Struve, der Anfang

Juni in Karlsruhe mit seinen radikalen Ansichten gegen Brentano den Kürzeren gezogen hatte und gezwungen worden war die Stadt zu verlassen, rächte sich dafür in Freiburg, wo er die Mehrheit auf seiner Seite hatte, und zwang den „Verräter“ Brentano zur schleunigen Entfernung. Hecker, der vielleicht Ansehen genug besessen hätte um dergleichen Zänkereien zu ersticken, erschien erst Mitte Juli wieder in Europa und überzeugte sich in Straßburg, daß nichts mehr zu machen sei. Das aufständische Rastatt, das seit dem 1. Juli von von der Gröben umschlossen wurde, hielt sich noch bis zum 23. Juli und ergab sich dann auf Gnade und Ungnade; am nächsten Tage konnte der Oberbefehlshaber die gestellte Aufgabe als vollständig gelöst bezeichnen. Die Hilfe österreichischer Truppen, denen man in Wien und Frankfurt gern die Besetzung von Südbaden zugewandt hätte, wies der Prinz natürlich sehr entschieden ab, und die preußischen Farben flatterten vom Neckar bis zum Bodensee. Unter ihrem Schutze ward jetzt die Bestrafung der Schuldigen, soweit man ihrer habhaft geworden war, vollzogen; Mieroslawski, Struve, Brentano, Sigel u. a. waren glücklich entkommen; aber mancher der schwer Beteiligten war doch gefangen und erlitt den Tod durch Pulver und Blei. So erfuhr insbesondere Trützschler, Robert Blums Freund und Parteigenosse, jetzt dasselbe Schicksal, das jenen in der Brigittenau ereilt hatte; Gottfried Kinkel, der Dichter, kam mit lebenslänglichem Gefängnis davon und ward auch dieser Strafe durch die Flucht aus Spandau, die seine Gemahlin und der Student Karl Schurz glücklich vorbereitet hatten, entzogen. Als die Kriegsgerichte ihre Arbeit gethan, kehrte der Großherzog am 18. August 1849 in sein Land zurück; die preußischen Truppen zogen im Oktober triumphierend in Berlin ein und in Babelsberg, dem Schlosse des Prinzen, verewigte ein Erzengel Michael, der den Drachen tötet, den ersten Feldzug des Mannes, dem größere Siege beschieden waren.

Fall von
Rastatt.

Kriegsgerichte.

Rückkehr des
Großherzogs.

Preußens Unionsbestrebungen und Niederlagen.

Preußens Stellung in Deutschland war durch dieses militärische Einschreiten gewiß nicht schlechter geworden. Die Parteien, die es niedergeworfen hatte, waren ihm vorher schon unveröhnlich feind gewesen; daß ihr Haß jetzt alle Schranken überschritt, ließ sich verschmerzen. Die gemäßigt-liberale Partei fühlte sich zwar für die Bewältigung der Revolution Preußen nicht eben zu Dank verpflichtet; denn Preußen selbst hatte dieses wüste Nachspiel des Parlamentes durch seine Politik erst ermöglicht, es tilgte also nur, was es selbst verschuldet, und tilgte es in Strömen von Blut; aber immerhin war sein Verhalten, wie die Sachen nun einmal lagen, von dem Interesse Deutschlands geboten, jede andere Handlungsweise wäre eine neue und größere Schuld gewesen. Die große Menge der Ruhebedürftigen, politisch Ermatteten und Gleichgültigen ging daher auch über die bloße Anerkennung der

Die deutsche
Verfassung.